



177. Sitzung, Montag, 9. Dezember 2002, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Thomas Dähler (FDP, Zürich)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen
 - *Mögliche Neuorganisation der Führungsstruktur für die Zürcher Hauptbühnen im Hinblick auf das Schauspielhaus-Debakel*
KR-Nr. 263/2002..... Seite 14547
 - *Schliessung der Kantonalen Verwaltung zwischen Weihnachten und Neujahr*
KR-Nr. 273/2002..... Seite 14550
- Zuweisung von neuen Vorlagen *Seite 14552*
- Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage Seite 14552*

2. Beschluss des Kantonsrates über das fakultative Referendum (Bewilligung eines Kredites für den Umbau und die Erweiterung des Bezirksgebäudes Winterthur; unbenützter Ablauf; Vorlage 3883)

Antrag der Geschäftsleitung vom 28. November 2002

KR-Nr. 332/2002 *Seite 14552*

3. Nachtragskreditbegehren für das Jahr 2002, III. Serie

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 6. November 2002 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002 **4020a**

Seite 14553

4. **Pädagogische Hochschule Zürich PHZH (Liegenschaft Kantonsschulstrasse 1 und 1a, Zürich)**
Schreiben des Regierungsrates vom 18. September 2002 zu Ziffer 7 der Nachtragskreditbegehren für das Jahr 2002, III. Serie, Vorlage 4020a
KR-Nr. 278/2002, Kenntnisnahme Seite 14553
 5. **Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzierungsplan 2003–2006 (KEF 2003) und Finanzplan 2007–2008**
Festgelegt vom Regierungsrat am 11. September 2002 Seite 14557
 6. **Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2003**
Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2002 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002 **4004a** Seite 14558
 7. **Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2003 bis 2005**
Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2002 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002 **4005a** Seite 14558
- Verschiedenes**
- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Erklärung von Werner Hürlimann zum Zeitpunkt der Einreichung einer Parlamentarischen Initiative für ein neues Volksschulgesetz* Seite 14610

Geschäftsordnung

Ratspräsident Thomas Dähler: Die Geschäftsleitung schlägt Ihnen auf Vorschlag der Finanzkommission vor, die Traktanden 3 und 4 gemeinsam zu beraten. Es sind dies die Vorlage 4020a, Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung von Nachtragskrediten für das Jahr 2002, III. Serie, sowie das Schreiben des Regierungsrates zu Po-

sition 7 des Nachtragskreditbegehrens, Kantonsrats-Nummer 278/2002. Sind Sie mit der gemeinsamen Behandlung einverstanden? Das scheint der Fall.

Im Weiteren behandeln wir wie gewöhnlich die Geschäfte 5, 6 und 7, nämlich den KEF, den Voranschlag und den Steuerfuss ebenfalls gemeinsam. Sie sind damit auch einverstanden.

Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Mögliche Neuorganisation der Führungsstruktur für die Zürcher Hauptbühnen im Hinblick auf das Schauspielhaus-Debakel

KR-Nr. 263/2002

Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg), Franziska Troesch-Schnyder (FDP, Zollikon), und Balz Hösly (FDP, Zürich) haben am 9. September 2002 folgende Anfrage eingereicht:

Mit grosser Sorge um die Entwicklung des Kulturstandortes Zürich auf Grund des Eklats beim Zürcher Schauspielhaus bitten wir den Regierungsrat, folgende Fragen dringlich zu beantworten:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die Initiative zu ergreifen und in Gesprächen mit der Stadt Zürich als auch mit den Führungsgremien von Opernhaus und Schauspielhaus abzuklären, ob für Zürich eine Generalintendanz für die zwei grossen Hauptbühnen Opernhaus und Schauspielhaus eine mögliche künftige Führungsstruktur sein könnte?
2. Wie stellt sich der Regierungsrat grundsätzlich zu einer möglichen Führungsstruktur, in der Opernhaus und Schauspielhaus von einem Intendanten beziehungsweise einer Intendantin geführt wird, jedoch die künstlerische Leitung bei beiden Institutionen durch einen Direktionsposten oder kombiniert bei einem Haus in Personalunion mit der Intendanz individuell gelöst wird?

Begründung:

Als ob es in Zürich ein Gesellschaftsspiel wäre, entfacht sich alle fünf Jahre ein Konflikt zwischen Schauspielhausdirektion, Verwaltungsrat und Publikum. Der Scherbenhaufen beim Zürcher Schauspielhaus und somit auch beim Kulturstandort Zürich ist wiederum komplett. Die Fronten sind verhärtet, gangbare Lösungen scheinen im herkömmlichen Konzept nicht mehr machbar. Es braucht jetzt diverse Abklärungen auch betreffend ganz neuer Führungsmodelle, welche zu einem gangbaren Weg führen könnten. Das System der Generalintendanz für verschiedene Bühnen ist in diversen europäischen Städten bereits erfolgreich umgesetzt. Es ermöglicht die Trennung zwischen Betriebsmanagement und künstlerischer Leitung. Ebenso könnten neue interessante Formen des Kulturangebotes in Zürich, wie zum Beispiel die Einführung eines Mischabonnements, entstehen. Das Sponsoring würde nicht mehr in Konkurrenz zueinander stehen, sondern könnte als gemeinsame Aktivität geballt ausgeschöpft werden. Verschiedene Administrationsbereiche könnten gemeinsam getätigt werden, was sich positiv auf die Betriebskosten auswirken würde. Eine wie hier aufgelistete Zusammenarbeit wäre in einem Joint-Venture-Vertrag zwischen Opernhaus und Schauspielhaus zu regeln.

Der *Regierungsrat* antwortet auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern wie folgt:

Funktion und Titel der «Generalintendanz» besitzen in Deutschland und Österreich eine lange Tradition für die Leitung eines staatlichen oder städtischen Theaters, das mehrere Sparten (Oper, Schauspiel, Ballett) und allenfalls auch mehrere Häuser umfasst. Dabei werden für die einzelnen Sparten regelmässig künstlerische Direktionen berufen sowie für die Geschäftsführung eine kaufmännische bzw. technische Direktion eingesetzt. Der Generalintendant oder die Generalintendantin ist einem Aufsichtsgremium verpflichtet. Ein allgemeiner Trend zum Führungsmodell der Generalintendanz ist nicht erkennbar. In Stuttgart wurde die Generalintendanz vor einigen Jahren infolge schlechter Erfahrungen sogar abgeschafft. Die Erfolgchancen einer solchen Funktion hängen massgeblich vom Koordinationsbedarf der Bühnen wie auch von der Persönlichkeit, welche die Funktion ausübt, ab.

Die Trägerschaften für den Betrieb der beiden Kulturinstitute Opernhaus und Schauspielhaus sind in Zürich privat organisiert. Die hauptsächliche Subventionsverantwortung liegt für das Opernhaus beim Kanton und für das Schauspielhaus bei der Stadt Zürich. Über diese kulturpolitischen Rahmenbedingungen herrscht weitgehend Einigkeit, seit die Stadt Zürich finanziell grundsätzlich in der Lage ist, diese Verantwortung wahrzunehmen. Der Kantonsrat hat am 9. September 2002 einstimmig der Abschreibung des Postulats KR-Nr. 242/1998 zugestimmt, das unter anderem eine Kantonalisierung des Schauspielhauses verlangt hatte.

Die Führungsstrukturen am Opernhaus Zürich haben sich bewährt. Der Intendant leitet es seit vielen Jahren mit grossem Erfolg. Die Lösung der Konflikte um die derzeitige künstlerische Direktion am Schauspielhaus obliegt in erster Linie dem Verwaltungsrat der Trägergesellschaft und nach Massgabe des Subventionsvertrags der Stadt Zürich. Dem Verwaltungsrat gehören zwei Abgeordnete des Regierungsrats an, davon einer auf Vorschlag des Verbands der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich.

Es erscheint unter diesen Umständen fraglich, ob sich die Einrichtung einer Generalintendanz in Zürich bewähren würde und die Situation am Schauspielhaus sich dadurch hätte entschärfen lassen. Eine solche Funktion wäre in Zürich aussergewöhnlich, weil sie gleichzeitig gegenüber zwei voneinander unabhängigen Trägerschaften und Aufsichtsgremien verantwortlich wäre. Diese könnten untereinander in eine gewisse Konkurrenzsituation geraten, weil sich beim Modell der Generalintendanz das Hauptgewicht des Angebots im Rahmen der verfügbaren Mittel leicht einer Sparte zuneigt. Die heutige grosse Vielfalt an Musik- und Sprechtheater im Zürcher Kulturangebot gründet dagegen wesentlich auf dem gleichberechtigten Nebeneinander von Opernhaus und Schauspielhaus. Der Regierungsrat würde sich dem Modell der Generalintendanz jedoch nicht grundsätzlich verschliessen, wenn der Anstoss dazu von den betroffenen Häusern selbst ausgehen würde.

Die Verantwortlichen von Opernhaus und Schauspielhaus haben die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bereits verschiedentlich geprüft und in Erfolg versprechenden Bereichen auch gemeinsame Wege beschritten. So konnte ein gemeinsamer Billettverkauf aufgebaut werden, von dem inzwischen weitere Kulturinstitute wie die Tonhalle und das Theater am Neumarkt profitieren. Im Bereich der Werkstätten

wurde das Synergiepotenzial nach eingehenden Abklärungen als gering eingestuft, weshalb das Schauspielhaus für seine Bedürfnisse ein eigenes Werkzentrum im Sulzer-Escher-Wyss-Areal errichtet hat. Schliesslich werden im Rahmen der Zürcher Festspiele unter der künstlerischen Leitung des Opernhausintendanten projektbezogenen Erfahrungen für eine engere Zusammenarbeit gesammelt. Beteiligt sind nicht nur Opernhaus und Schauspielhaus, sondern auch Kunsthaus und Tonhalle sowie weitere Zürcher Kulturinstitute. Dabei hat sich gezeigt, dass die unterschiedlichen Publikumserwartungen einem gemeinsamen Auftritt der beteiligten Institute Grenzen setzen.

Schliessung der Kantonalen Verwaltung zwischen Weihnachten und Neujahr

KR-Nr. 273/2002

Bruno Walliser (SVP, Volketswil) hat am 16. September 2002 folgende Anfrage eingereicht:

Die Kantonale Verwaltung wird seit einigen Jahren jeweils zwischen Weihnachten und Neujahr gänzlich geschlossen. Dies führt für den Kunden zu massiven Einschränkungen. Wer zum Beispiel einen Pass benötigt, muss auf die Notpasssstelle am Flughafen Kloten ausweichen.

Der Regierungsrat hat die Schliessungen damit begründet, dass damit einerseits Energie gespart werde und andererseits das Personal Überzeit abbauen könne. Konkrete Zahlen, welche diese Aussagen bestätigen, liegen nicht vor.

Die Schliessung der Kantonalen Verwaltung widerspricht einem bürger- beziehungsweise kundenorientierten Dienstleistungsbetrieb. Im Weiteren ist die Schliessung ein Widerspruch zu den verschiedenen Anstrengungen der öffentlichen Verwaltung, ihre Arbeit in den Dienst der Zürcher Bevölkerung zu stellen und das Image der Verwaltung zu verbessern. Im Vergleich mit typischen Dienstleistungsbetrieben der Privatwirtschaft (Banken, Versicherungen) oder mit den Zürcher Gemeinden stellt man fest, dass solche pauschalen Schliessungen nicht erfolgen. Der Kunde wird in diesen Betrieben das ganze Jahr durch bedient.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie kann der Regierungsrat eine Schliessung der Kantonalen Verwaltung im Sinne einer kundenorientierten Verwaltung vertreten?
2. Wie will der Regierungsrat die Dienstleistung der Kantonalen Verwaltung für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr sicherstellen?
3. Wie begründet der Regierungsrat eine allfällige Schliessung der Kantonalen Verwaltung, beziehungsweise welche Einsparungen (Betrag) ergeben sich aus dieser Schliessung?

Der *Regierungsrat* antwortet auf Antrag der Finanzdirektion wie folgt:

Der Regierungsrat hat mit seinem Beschluss über die Arbeitszeitregelung für Weihnachten und Neujahr die Direktionen und die Staatskanzlei beauftragt, die geeigneten Massnahmen zu treffen, damit dringliche Aufgaben trotz Schliessung der Verwaltung zeitgerecht erfüllt werden und die Handlungsfähigkeit des Staates ohne Einschränkung gewährleistet ist. Eine Umfrage bei den Direktionen des Regierungsrates ergab, dass sämtliche unentbehrlichen Dienst- und Serviceleistungen auch dieses Jahr während der Schliessung erbracht werden. Sämtliche Direktionen organisieren den Personaleinsatz entsprechend den jeweiligen Erfordernissen. So bleibt beispielsweise der Zugang des Publikums zum Steueramt und zum Strassenverkehrsamt gewährleistet. Die Schliessung betrifft im Übrigen nur die Zentral- und Bezirksverwaltung. Selbstverständlich setzen etwa die Spitäler, die Arbeitserziehungsanstalt, die Gefängnisse oder die Kantonspolizei während dieser Zeit den Betrieb normal fort, der Strassenunterhalt/Winterdienst usw. ist sichergestellt. In allen Direktionen wird jeweils veranlasst, dass der Kundenservice funktioniert. Wo nötig wird ein Pikettdienst sowie die telefonische Erreichbarkeit von Entscheidungsträgerinnen und -trägern bzw. ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter organisiert.

Die bisherigen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Schliessung der Verwaltung zwischen Weihnachten und Neujahr haben gezeigt, dass keine Probleme auftreten. Passangelegenheiten erledigt die Notpassstelle im Flughafen Kloten. Bürgerinnen und Bürger scheinen durch die Schliessung nicht beeinträchtigt zu sein. Sie nehmen viel-

mehr ihre Eigenverantwortung wahr, indem sie zum Beispiel das Ablaufdatum eines Passes rechtzeitig kontrollieren.

Die Schliessung der Kantonalen Verwaltung zwischen Weihnachten und Neujahr wird von den Mitarbeitenden sehr geschätzt. Sie bietet Gelegenheit, die aufgelaufenen Mehrstunden zu kompensieren. Die allgemein positive Beurteilung der Schliessung führt zu einer höheren Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden und damit zu einem indirekten Mehrwert für die Kunden und den Arbeitgeber. Es können Einsparungen bei den Kosten für Heizung, Reinigung, Ver- und Entsorgung in der Zentral- und Bezirksverwaltung in der Grössenordnung von rund Fr. 117'000 ausgewiesen werden.

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

- **Bewilligung einer jährlichen Subvention an die Stiftung Technorama Winterthur**

Beschluss des Kantonsrates, 4019

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

- **«Gesunde Steuerdisparität»**

Beschluss des Kantonsrates zur Volksinitiative, 4032

Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 175. Sitzung vom 25. November 2002, 8.15 Uhr

2. Beschluss des Kantonsrates über das fakultative Referendum (Bewilligung eines Kredites für den Umbau und die Erweiterung des Bezirksgebäudes Winterthur; unbenützter Ablauf; Vorlage 3883)

Antrag der Geschäftsleitung vom 28. November 2002

KR-Nr. 332/2002

Ratspräsident Thomas Dähler: Die Geschäftsleitung beantragt Ihnen festzustellen, dass die Referendumsfrist für die Bewilligung eines Kredites für den Umbau und die Erweiterung des Bezirksgebäudes Winterthur, Vorlage 3883, unbenützt abgelaufen ist. Wir haben darüber zu beschliessen.

Keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 129 : 0 Stimmen, dem Antrag der Geschäftsleitung zuzustimmen.

- I. Die Referendumsfrist für die Bewilligung eines Kredites für den Umbau und die Erweiterung des Bezirksgebäudes Winterthur vom 9. September 20002 ist am 19. November 2002 unbenützt abgelaufen.
- II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Nachtragskreditbegehren für das Jahr 2002, III. Serie

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 6. November 2002 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002
4020a

4. Pädagogische Hochschule Zürich PHZH (Liegenschaft Kantonsschulstrasse 1 und 1a, Zürich)

Schreiben des Regierungsrates vom 18. September 2002 zu Ziffer 7 der Nachtragskreditbegehren für das Jahr 2002, III. Serie, Vorlage 4020a

KR-Nr. 278/2002, Kenntnisnahme

Eintretensdebatte

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission: Der Regierungsrat beantragt mit der III. Serie 2002 Nachtragskredite von 14 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung und 8 Millionen Franken in der Investitionsrechnung, beide ohne Kompensationen. In der Laufenden Rechnung ist das die drittkleinste und in der Investitionsrechnung die viertkleinste III. Serie der letzten zehn Jahre.

Wie immer informierte der Regierungsrat die Finanzkommission auch über die Kreditüberschreitungen im dritten Quartal, 1. August bis 31. Oktober 2002. In der Laufenden Rechnung wurden 33 Kreditüberschreitungen von insgesamt 6,5 Millionen Franken und in der Investitionsrechnung neun Kreditüberschreitungen von insgesamt 6 Millionen Franken bewilligt. Nach bewährtem Verfahren wurden die Präsidien der betroffenen Sachkommissionen zur Präsentation der Nachtragskredite eingeladen, welche sodann in den Sachkommissionen auch behandelt wurden. Rund die Hälfte der Nachtragskredite der Laufenden Rechnung entfallen auf die Bildungsdirektion. 6,2 Millionen Franken sind höhere Betriebsbeiträge an die Gemeinden für Sonderschulung und Erziehung und den Schulpsychologischen Dienst sowie für Werkjahrschulen, Sonderklassen und Sonderschulen. 800'000 Franken entfallen auf einen Sozialplan für Lehrkräfte, die an der neuen Pädagogischen Hochschule nicht mehr beschäftigt werden können.

Die Direktion für Soziales und Sicherheit muss Nachtragskredite von 6,2 Millionen Franken beantragen für höhere Beiträge an Gemeinden für Zusatzleistungen für AHV/IV.

Die Nachtragskredite der Investitionsrechnung betreffen die Bildungsdirektion. Der Stadt Zürich ist für den Umbau und den Erweiterungsbau der Zentralbibliothek Zürich eine Restzahlung von 5,4 Millionen Franken vom gesamten Investitionsbeitrag von 46,2 Millionen Franken zu leisten, weil die beim Kanton eingegangenen Bundesbeiträge irrtümlich nicht vollständig an die Stadt weitergeleitet wurden. Diese Nachlässigkeit ist zu rügen, immerhin handelt es sich um einen grösseren Betrag. 2,6 Millionen Franken betreffen die Liegenschaft der Pädagogischen Hochschule. Darauf werde ich in der Detailberatung noch zurückkommen.

Im Namen der Mehrheit der Finanzkommission beantrage ich Ihnen, die vom Regierungsrat beantragten Nachtragskredite von insgesamt 22'039'500 Franken zu genehmigen. 14'050'000 Franken belasten die Laufende Rechnung und 7'989'500 Franken die Investitionsrechnung.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Positionen 1, 2, 3, 4, 5 und 6

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Position 7

Ratspräsident Thomas Dähler: Hier liegt ein Minderheitsantrag von Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst vor. Sie beantragen, den Nachtragskredit von 2'608'500 Franken zu streichen.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich): Diese Position betrifft den Nachtragskredit von 2'608'500 Franken für die Überführung der Liegenschaft Kantonsschulstrasse 1 und 1a vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Für den Start der Pädagogischen Hochschule Zürich PHZH mussten die Umbau- und Erneuerungsarbeiten sofort vorgenommen werden, damit die Liegenschaft der Verwaltungsdirektion der PHZH zur Verfügung steht beim Start. Die Bildungsdirektion war der Meinung, dass die Liegenschaft im Finanzvermögen bleiben könne, da es Büroräume sind, die jederzeit auch anderweitig vermietet werden könnten. Eine Überführung ins Verwaltungsvermögen war daher weder in der Weisung zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule vorgesehen – aufgeführt waren Mietkosten – noch war der Betrag budgetiert. Der Regierungsrat schloss sich jedoch der Meinung der Finanzdirektion an. Auf Grund der Dringlichkeit bewilligte der Regierungsrat den Betrag gestützt auf Paragraph 27 Absatz 3 des Finanzhaushaltgesetzes und orientierte den Kantonsrat mit Schreiben vom 28. September 2002. Dieses Schreiben wurde der Finanzkommission zugewiesen.

Das Dringlichkeitsverfahren ist unschön. Solche Fragen sollten sorgfältiger im Vornherein abgeklärt werden. Eine Ablehnung des Nachtragskredites erzielt jedoch keinerlei Wirkung, da der Vorgang bereits abgeschlossen ist, und ich bitte Sie, diesen Nachtragskredit gutzuheissen.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Die Präsidentin der Kommission Susanne Bernasconi hat es gesagt: Das Verfahren ist unschön. Als Mitglied der FIKO und Referent für die Bildungsdirektion habe ich eine Aufsichtsfunktion. Wir haben das einmal näher angeschaut. Irgendwie wundert man sich doch, dass es für die Pädagogische Hochschule eine Volksabstimmung gab. Dann gab es einen ersten Wirbel mit dem Schulhaus, das man zuerst gar nicht benötigte. Und plötzlich benötigt man noch ein Verwaltungsgebäude, das über Nacht renoviert und ins Verwaltungsvermögen übertragen werden muss, was man auch nicht wusste. Diese Übertragung wundert mich ein bisschen, weil der Kanton Zürich nämlich in der Bewirtschaftung von Immobilien 150 Jahre Erfahrung hat. Und da wundere ich mich, dass immer wieder neue Erkenntnisse kommen, dass man sagt, man müsse das doch übertragen. Das ist das eine.

Dann sind die Umbaukosten relativ hoch. Doch lassen wir das beiseite. Was mich stört, ist, dass es pressiert, weil es pressiert. Wir haben auf der einen Seite einen KEF. Das wäre ein Planungsinstrument. Wir haben ein Budget. Das wäre auch ein Planungsinstrument. Und plötzlich muss man da mit Notüberlegungen etwas bewilligen, es sei nun gut, wir bekommen das. Das ist das eine. Was mich aber stört, die Bildungsdirektion ist die qualitätsgesicherte Direktion in unserem Kanton. Von oben nach unten wird überall Qualität vorgeschrieben. Ich wundere mich, warum das nicht auch so ist für diese Managementaufgabe der Regierung und deshalb beantrage ich Ihnen die Ablehnung.

Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil): Bei diesem Nachtragskredit, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften, können wir den Ärger der SVP verstehen. Es handelt sich wieder einmal um die PHZH – und hier scheint tatsächlich der Wurm drin zu stecken. Bei ehrlicher und sorgfältiger Planung wäre dieser Nachtragskredit nicht notwendig gewesen. Aber allem Ärger zum Trotz, die PHZH benötigt die Liegenschaften an der Kantonsschulstrasse dringend. Die SP bittet Sie, dem Nachtragskredit zuzustimmen. Für uns ist damit auch das Schreiben des Regierungsrates erledigt.

Regierungspräsident Ernst Buschor: Das Haus als solches war für die Verwendung zum Zwecke der Pädagogischen Hochschule in der Planung vorgesehen, jedoch nicht die Übertragung. Wir gingen, wie Präsidentin Susanne Bernasconi sagte, davon aus, dass es allgemeine Büroräumlichkeiten sind und im Finanzvermögen bleiben. Das hat der Regierungsrat aus durchaus vertretbaren Gründen dann anders gelöst. Und das haben wir nicht gewusst, aber nicht, dass das Objekt für die Pädagogische Hochschule verwendet werden soll. Das ist zugegebenermassen unschön, aber man konnte wie gesagt auch die andere Auffassung vertreten. Ich ersuche Sie um Zustimmung zum Nachtragskredit.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag von Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 88 : 49 Stimmen ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 0 Stimmen, der bereinigten Vorlage 4020a (Bewilligung von Nachtragskrediten für das Jahr 2002, III. Serie) zuzustimmen.

Ratspräsident Thomas Dähler: Das Schreiben des Regierungsrates zu Position 7 der Nachtragskredite, Kantonsrats-Nummer 278/2002 ist zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzierungsplan 2003–2006 (KEF 2003) und Finanzplan 2007–2008

Festgelegt vom Regierungsrat am 11. September 2002

6. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2003

Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2002 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002 **4004a**

7. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2003 bis 2005

Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2002 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002 **4005a**

Ratspräsident Thomas Dähler: Wir haben heute Morgen beschlossen, diese drei Geschäfte gemeinsam in freier Debatte zu beraten und dann getrennt darüber abzustimmen. Eintreten auf den Voranschlag und den Steuerfussantrag ist obligatorisch. Den KEF nimmt der Kantonsrat zur Kenntnis.

Ich schlage Ihnen folgenden Ablauf der Budgetdebatte vor: Zuerst führen wir gemeinsam die Grundsatzdebatte über Voranschlag, Steuerfussantrag und KEF. Nach der Grundsatzdebatte betrachte ich den KEF als vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen und damit als Traktandum erledigt.

Dann führen wir die Detailberatung des Voranschlages. Basis ist dabei der Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002 und die in diesem Antrag aufgeführten Antragsnummern. Die Anträge der Sachkommissionen und der Novemberbrief sind bereits integriert.

Nach der Detailberatung des Voranschlages folgt das, was man etwas unpassend die Elefantenrunde nennt. Dann folgt die Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2003 bis 2005 und schliesslich kommen wir zur Schlussabstimmung über den Voranschlag.

Sind Sie mit diesem Ablauf einverstanden? Das ist der Fall.

Zur Detailberatung habe ich noch folgende Hinweise. Den Abschnitt der Rechtspflege werden wir zu Beginn der Sitzung von heute Montag, 14.30 Uhr, behandeln. Die Vorsitzenden der obersten kantonalen Gerichte haben einen entsprechenden «Marschbefehl» erhalten.

Ich mache Sie noch ausdrücklich auf Artikel 31, Ziffer 6 der Kantonsverfassung aufmerksam. Diese Bestimmung sagt, dass einzelne Voranschlagskredite, welche Mehrausgaben und Saldoverschlechterungen gegenüber dem Entwurf des Regierungsrates zur Folge haben, der Ausgabenbremse unterstellt sind, also mindestens 91 Stimmen auf

sich vereinigen müssen, wobei neuerdings der Ratspräsident mitstimmen darf. Die Formulare zur Einreichung von zusätzlichen Anträgen liegen beim Sekretariat auf. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie solche Anträge beim Sekretariat rechtzeitig einreichen und nicht erst, wenn das entsprechende Konto aufgerufen wird.

Und zum Schluss noch dies: Der Präsident eines kantonalen Gerichtes hat kürzlich anlässlich des Jahresschlusssessens seiner Behörde einen interessanten Vergleich gezogen. Von namhaften Ethnologen würde das jährliche Budgetritual in den schweizerischen Parlamenten mit dem Ritual der Regentänze bei den Naskapi-Indianern in Labrador verglichen. Beides seien in der Sprache der Wissenschaft so genannte magische Rituale. Magische Rituale zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine rationale Zweck-Mittel-Relation erfüllen. Die Regentänze der Naskapi-Indianer seien vom Ziel des Regenmachens her gesehen absolut nicht effektiv. Ähnliches gelte bekanntlich bei den Budgetdebatten. Sie seien vom Ziel des Sparens her gesehen absolut nicht effektiv. Trotzdem hätten solche magischen Rituale eine zentrale Bedeutung. Das Ritual der Budgetdebatte stärke in einer existenzbedrohenden Situation, nämlich dem drohenden Staatsbankrott, die soziale Kohäsion der Gemeinschaft. Das Ritual bringe zwar keinen Regen, das heisst nicht mehr Geld, es vermittele aber den Glauben oder die Illusion, nicht blind dem Schicksal ausgeliefert zu sein, sondern den Gang der Dinge durch eigenes Handeln günstig beeinflussen zu können.

Dem ist aber beizufügen – und das meine ich jetzt sehr ernsthaft –, dass der Kantonsrat im Gegensatz zu den Naskapi-Indianern eine staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen hat und für den Kanton gemäss Artikel 31 Ziffer 6 der Kantonsverfassung jährlich einen Voranschlag festsetzt. Wenn sich der Kantonsrat aus politisch-taktischen Gründen dieser Verantwortung entziehen sollte und keinen Voranschlag festsetzt, dann hat es als gesetzgebende Gewalt versagt und sich selber ausmanövriert. Die Limmat würde deswegen nicht aufwärts fliessen und den beiden standhaften männlichen Löwen auf dem Wandteppich in diesem Saal würde keine Schamröte ins Gesicht steigen. Der Regierungsrat wäre nämlich durch Paragraph 32 Absatz 4 des Finanzhaushaltsgesetzes ermächtigt, die für die Verwaltungstätigkeit unerlässlichen Aufgaben zu tätigen, sofern der Kantonsrat den Voranschlag nicht genehmigt. Was unerlässlich ist, bestimmt aber der Regierungsrat selber. Und er ist damit nicht einmal an seinen eigenen

Voranschlagsentwurf gebunden. Wenn der Kantonsrat keinen Voranschlag genehmigt und seine ihm von der Verfassung überbundene Aufgabe nicht wahrnimmt, werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihren Wählerinnen und Wählern erklären müssen, weshalb Sie sich am 6. April 2003 überhaupt wieder wählen lassen wollen.

Ich gebe zu, dass das jetzt eine politische Stellungnahme war, die mir eigentlich nicht zusteht. Aber es war nicht eine parteipolitische Stellungnahme, sondern eine Stellungnahme in der Sorge um die Zukunft und die Glaubwürdigkeit und den Einfluss dieses Parlamentes. Und das sollte auch Ihre Sorge sein.

Grundsatzdebatte

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission:

Zur hoffentlich letzten Budgetdebatte dieser Legislatur treffen wir uns wieder zur gewohnten Zeit – dies ist immerhin ein Fortschritt – und wenn der Rat an einer der nächsten Sitzungen auch noch den Voranschlag 2003 verabschieden würde, was ich als Optimistin immer noch hoffe, so könnte man zumindest vom Formellen her «Ende gut, alles gut» sagen. Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich kurz auf die in finanzpolitischer Hinsicht ausserordentliche Legislatur zurückblicken.

Die Rechnung 1998 schloss als erste nach sieben Jahren der Defizite mit einem Ertragsüberschuss von 82 Millionen Franken und 457 Millionen Franken besser als budgetiert ab. Dank konjunkturellem Aufschwung nahmen die Steuererträge deutlich zu. Entsprechend gut schloss auch die Rechnung 1999 mit einem Ertragsüberschuss von 454 Millionen Franken ab. Sie lag mit diesem Betrag über dem Budget. Der Voranschlag 2000 wurde nach Rückweisungsdiskussionen vom Regierungsrat zwecks Korrekturen auf der Einnahmenseite, Steuern und Verselbstständigung des Flughafens, zurückgenommen. Die Lohnkürzung von 3 Prozent beim Personal konnte rückgängig gemacht werden, den Steuerfuss senkte der Kantonsrat um 3 Prozent. Die Rechnung 2000 schloss wiederum mit einem Überschuss von 342 Millionen Franken und demselben Betrag über dem Budget ab; Grund auch hier die höheren Steuereingänge. Die Rechnung 2001 lag rund 200 Mio. Franken über dem Budget. Das Budget 2002 beschloss der

Kantonsrat bekanntlich nach einer Rückweisung und anschliessenden erfolglosen «Katzensee-Gesprächen» im März, mit einem Einnahmenüberschuss von 43 Millionen Franken. Eine ausgeglichene Rechnung kann gemäss Aussagen des Finanzdirektors nur dank einem ausserordentlichen Erbschaftssteueranfall erreicht werden.

Was möchte ich daraus schliessen? Die Höhe der Einnahmen konnte sehr schlecht budgetiert werden. Bei jeder Budgetdiskussion monierte der Rat die starke Aufwandsteigerung, die dann jedoch mit den reichlicher fliessenden Steuern kompensiert werden konnte. Wie ein roter Faden zieht sich die Forderung der FIKO nach einer erneuten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durch ihre Berichte, denn bei einem Einbruch der Konjunktur war ein Öffnen der Schere zwischen Aufwand und Ertrag absehbar. Und vor dieser Situation stehen wir heute, diese Schere hat sich geöffnet.

Nun zum Budget 2003. Vor Ihnen liegt ein ausführlicher Bericht der FIKO und der Sachkommissionen zum Voranschlag 2003. Ich beschränke mich daher bei meinen Ausführungen auf die wichtigsten Zahlen.

Der Voranschlag 2003 inklusive Dezemberbrief weist bei einem Aufwand von 11'720 Millionen Franken und einem Ertrag von 11'360 Millionen Franken einen Aufwandüberschuss von 360 Millionen Franken aus. Der Aufwand ohne interne Verrechnungen steigt gegenüber dem Vorjahr um rund 600 Millionen Franken oder 6,2 Prozent. Saldowirksam ist ein Wachstum von 4,3 Prozent oder 420 Millionen Franken.

Die wichtigsten Aufwandsteigerungen sind bei den Eigenen Beiträgen mit 276 Millionen Franken zu verzeichnen. Es sind dies AHV/IV-Beiträge, Psychiatrische Versorgung, somatische Akutversorgung, Verbilligung der Krankenkassenprämien, höhere Beiträge an Universität und Fachhochschulen. 192 Millionen Franken betreffen den Personalaufwand: Teuerungsausgleich und Beförderungen, Neueinstufung der Assistenzärzte, Arbeitszeitreduktion der Oberärzte, zusätzliche Stellen vor allem bei den Berufsschulen und im Gesundheitsbereich. Die Aufwandsteigerungen sind unerfreulich und wurden von der FIKO und den Sachkommissionen entsprechend hinterfragt. Sie erwiesen sich jedoch als erklärbar und begründet. Zur Hauptsache beruhen sie auf Volks- oder Gerichtsentscheiden oder werden vom Bund beeinflusst, sind also exogen bedingt.

Der Ertrag ohne interne Verrechnungen steigt gegenüber dem Vorjahr noch um lediglich 247 Millionen Franken. Es werden Nettoinvestitionen von 776 Millionen Franken veranschlagt, rund 75 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Enthalten sind zur Hauptsache die angefangenen Grossprojekte in Strassenbau, Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie die Investitionsbeiträge für den Bahnhof Löwenstrasse. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt nur noch ungenügende rund 50 Prozent. Die untere Richtgrösse wäre eigentlich 60 Prozent.

Die Finanzkommission befasste sich eingehender mit dem Thema Steuereinnahmen. Sie finden die Zahlen auf Seite 51 des Berichtes. Zusammenfassend möchte ich nur Folgendes festhalten.

Der Staatssteuerertrag liegt 2002 unter dem Budget. Dagegen übertreffen die Nachträge analog zu den Vorjahren das Budget. Der Ertrag aus den Erbschafts- und Schenkungssteuern ist auf Grund der Gesetzesänderung stark rückläufig. Im Jahr 2002 fallen jedoch ausserordentliche Erträge an. Dank diesen schliesst die Laufende Rechnung mit einem Mehrertrag von 180 Millionen Franken gegenüber dem Budget ab. Auf Grund all dieser Fakten und den schlechten Wirtschaftsprognosen senkte der Regierungsrat die budgetierten Steuereinnahmen mit dem Novemberbrief um 90 Millionen Franken und den Ertrag aus den direkten Bundessteuern um 17 Millionen Franken. Die in Beratung stehenden Teilrevisionen des Steuergesetzes bewirken Steuerausfälle von rund 270 Millionen Franken. Eine erhöhte Standortattraktivität sollte allerdings kompensatorisch wirken.

Nun zur Arbeit von FIKO und Sachkommissionen. Die Zusammenarbeit zwischen Finanzkommission und Sachkommissionen hat sich in dieser Legislatur gut eingespielt. Wichtig ist eine enge Verbindung, die durch die Referenten und Referentinnen der FIKO sichergestellt wird. Die Zeitspanne zur Behandlung des Voranschlages ist eng und wird durch die Herbstferien zusätzlich verkürzt. Nach übereinstimmender Meinung soll daher im nächsten Jahr das Differenzbereinigungsverfahren, welches ohnehin nie richtig zu Tragen gekommen ist, über die direkte Kommunikation mit den FIKO-Referenten verkürzt werden.

Die Umstellung auf Globalbudgets ist mit dem vorliegenden Voranschlag abgeschlossen. Damit sind nun auch Budget und KEF formal übereinstimmend. Beschlossen ist auch die Einführung der Kostenrechnung auf der Grundlage einer Leistungserfassung mit Aufwandausweis (LEA). Das Thema Verwaltungsreform jedoch muss den

Kantonsrat in der neuen Legislatur weiter beschäftigen. Die Entwürfe für ein neues Organisations- und Finanzhaushaltgesetz gelangen nächstens ins Vernehmlassungsverfahren. Kürzlich erschienen ist sodann der Schlussbericht zur Evaluation der Verwaltungsreform *wif!*. Hervorzuheben ist, dass die Aussagekraft der Indikatoren nach wie vor ungenügend ist. Thematisiert werden müssen auch die Steuerungsinstrumente des Parlamentes.

Nun zum KEF. Der KEF, den der Regierungsrat im September präsentierte, erreichte den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung von 1999 bis 2006 noch knapp. Die Nettoinvestitionen ohne Darlehen und Beteiligungen, also die eigentlichen volkswirtschaftlichen Investitionen, steigen ab 2004 auf 800 Millionen Franken und mehr. Sie wurden in der Vergangenheit auch zu Zeiten des S-Bahn-Baus noch nie erreicht. Es sind Investitionen in die Infrastruktur und damit in den Standort Zürich in den Bereichen Verkehr, Bildung und Gesundheit. Das in den letzten Jahren wieder geäußerte Eigenkapital von 1,5 Milliarden Franken wird bis Ende nächster Legislatur aufgebraucht sein. Auch die eben erst reduzierte Fremdverschuldung steigt auf neue Höchstwerte. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt weit unter 60 Prozent. Als letzte schlechte Botschaft droht die Einführung der NFA im Jahre 2006, die für den Kanton Zürich eine Mehrbelastung von 487 Millionen Franken gegenüber dem heutigen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen verursachen wird.

Mit dem Novemberbrief hat der Regierungsrat bekanntlich die Steuereinnahmen im Budget 2003 und im KEF nach unten korrigiert. Damit weist das kumulierte Ergebnis der Laufenden Rechnungen 1999 bis 2006 einen Aufwandüberschuss von 425 Millionen Franken aus. Im nächsten Jahr wird für die Berechnung das Jahr 1999 mit 454 Millionen Franken Ertragsüberschuss wegfallen, was die Situation nochmals erheblich verschlechtern wird.

Ich gehe an den Beginn meiner Ausführungen zurück. Im Jahr 2000 konnten dank erholter Finanzlage die Lohnkürzungen rückgängig gemacht werden. Ende 2002 befinden wir uns bereits wieder in einem grossen Einbruch. Eine längerfristige Planung wird auf Grund der kürzeren Konjunkturzyklen immer schwieriger. Die Lage ist äusserst besorgniserregend.

Erstmals tritt nun die Ausgabenbremse in Kraft und der Regierungsrat muss dem Kantonsrat Massnahmen zur dauerhaften Senkung der

Ausgaben beantragen, insbesondere auch die Änderungen von gesetzlichen Verpflichtungen.

Diese Forderung hat die Finanzkommission Jahr für Jahr gestellt. Doch erst unter massivem finanziellen Druck hat der Regierungsrat bei der Budgetpräsentation den Start eines entsprechenden Projektes bekannt gegeben. Kurz vor der Budgetdebatte, Ende letzter Woche, konnten der Presse das finanzielle Ziel und die Projektorganisation des Sanierungsprogramms 04 entnommen werden. Ich nehme an, der Finanzdirektor wird sich dazu noch detaillierter äussern.

Im Laufe dieser Legislatur müsste nun eigentlich allen klar geworden sein, dass die Finanzen des Kantons nicht über das Instrument Budget gesteuert werden können. Verwaltungsinterne Massnahmen kann der Regierungsrat in eigener Kompetenz und kurzfristiger ergreifen. Sie beinhalten denn auch die erste Phase des Sanierungsprojektes. Sie müssten gemäss Plan eine Einsparung von 200 Millionen Franken für 2004 bringen, sind doch Gesetzesänderungen für Massnahmen, die im Juli vorgelegt werden sollen, nicht mehr möglich.

Nun zum Steuerfuss. Die Mehrheit der Finanzkommission beantragt, den Steuerfuss auf 100 Prozent der einfachen Staatssteuer festzulegen. Die Positionen der Parteien waren bekannt, weshalb sich lange Diskussionen erübrigten. Es wurden zwei Minderheitsanträge gestellt. Zu begrüssen ist der Antrag des Regierungsrates, den Steuerfuss alle zwei Jahre neu festzusetzen, der erstmals für die Periode 2006 bis 2007 gelten soll. Der Steuerfuss 2008 bis 2009 würde dann im ersten Jahr der neuen Legislatur festgesetzt – in Kenntnis der Legislaturplanung und nicht wie heute vor den Wahlen

Nun zum Antrag der Finanzkommission. Die Mehrheitsanträge der Finanzkommission zum Voranschlag bringen gegenüber dem Novemberbrief des Regierungsrates eine Verbesserung von 23,2 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung, einen Aufwandüberschuss im Budget 2003 von 336,7 Millionen Franken und in der Investitionsrechnung Minderausgaben von 4,8 Millionen Franken beziehungsweise Nettoinvestitionen von 770,8 Millionen Franken.

Die Minderheitsanträge der SVP fordern Saldokürzungen von 3 oder 8 Prozent und kommen zum grössten Teil aus den Sachkommissionen. Aus zwei Sachkommissionen lagen keine solchen linearen Kürzungsanträge vor. Sie wurden von den SVP-Mitgliedern der Finanzkommission zur Erreichung einer annähernden Flächendeckung gestellt. Von Seiten der SP liegen zahlreiche Minderheitsanträge auf Er-

höhung des Voranschlages auf dem Tisch. Die SVP-Minderheit lehnt sodann den Voranschlag ab.

Wir müssen von Gesetzes wegen auf den Voranschlag eintreten. Im Namen der Finanzkommission beantrage ich Ihnen, den Mehrheitsanträgen zuzustimmen und den Voranschlag 2003 am Schluss auch zu genehmigen.

An dieser Stelle möchte ich ganz herzlich und einmal mehr der Sekretärin der Finanzkommission, Doktor Evi Didierjean, die auch hier vorne sitzt, danken für ihre wie immer und jedes Jahr immense November-Dezember-Arbeit bei der Koordination der Finanzkommission und der Sachkommissionen und dann auch vor allem beim Erstellen dieses dicken Buches mit wenig Haupt- und sehr vielen Minderheitsanträgen. Ich danke sodann Finanzdirektor Christian Huber für die gute Zusammenarbeit. In diesen Dank beziehe ich die gesamte Finanzdirektion mit ein. Und am Schluss danke ich auch ganz herzlich den Mitgliedern der Finanzkommission für ihre Arbeit auch in den Sachkommissionen.

Hans Rutschmann (SVP, Rafz), Fraktionssprecher der SVP: «Finanzpolitischer Ernstfall im Kanton Zürich», «Zürcher Staatshaushalt vor mageren Jahren», «Die Zahlen werden wieder tief rot» – die Schlagzeilen in der Presse über den Voranschlag 2003 tönen anders als noch im März bei der Beratung des Voranschlags für dieses Jahr, für das laufende Jahr. Wurden im Frühjahr die Voten der SVP zur Finanzlage kaum ernst genommen, ja teilweise sogar belächelt, hat unter dem Druck der aktuellen Budgetzahlen und der mittelfristigen Finanzplanung nun doch ein Umdenken in weiten Kreisen stattgefunden. Der Voranschlag 2003 ist geprägt von einer wiederum massiven Aufwandsteigerung in der Laufenden Rechnung. Man hat den Eindruck, dass dem Kanton die Ausgaben völlig aus dem Ruder laufen. Der Aufwand hat von 2001 auf 2002 bereits um 800 Millionen Franken zugenommen. Auf das nächste Jahr ist wiederum eine Zunahme von zirka 600 Millionen Franken zu verzeichnen. Der Aufwand nimmt jährlich um 6 bis 7 Prozent zu bei einer Teuerung von unter 1 Prozent. Und gemäss dem KEF wird sich dieser Trend fortsetzen. Bis ins Jahr 2006 soll der Aufwand gegenüber dem Voranschlagsentwurf 2003 nochmals um zirka 1,5 Milliarden Franken zunehmen. Der Aufwand würde dann von 1999 bis 2006, innerhalb von nur sieben Jahren, um sage und schreibe 36 Prozent zunehmen. Und ich muss es nochmals

sagen, im gleichen Zeitraum macht die Teuerung nur einen Bruchteil dieser Aufwandsteigerungen aus.

Die Kosten und damit auch die Staatstätigkeit nehmen bei uns im Kanton Zürich fast explosionsartig zu. In den letzten Jahren sind glücklicherweise die Steuererträge reichlich geflossen, so dass trotz der Aufwandsteigerungen noch Überschüsse resultierten. In den nächsten Jahren werden die Steuererträge auf Grund der schlechteren konjunkturellen Lage jedoch wesentlich weniger sprudeln. Für den Staatshaushalt heisst das, wir werden in den nächsten Jahren nur noch Defizite produzieren, das Eigenkapital nimmt ab. Bis zirka im Jahr 2007 ist es aufgebraucht. Umgekehrt nimmt die Verschuldung, nimmt das Fremdkapital zu.

Der Staatshaushalt befindet sich in Schieflage, Korrekturen sind nicht nur notwendig, sie sind längst überfällig. Die SVP hat vor dieser Entwicklung seit Beginn dieser Legislaturperiode gewarnt und auf die Problematik der massiven Aufwandsteigerungen hingewiesen. Aus diesem Grund konnten wir auch den Voranschlägen in den letzten drei Jahren nicht mehr zustimmen. Wenn man die Voten der Regierung und der anderen Fraktionen zur Finanzlage des Kantons bei der letzten Budgetdebatte nachliest, stellt man fest, wie falsch und wirklichkeitsfremd diese Lagebeurteilungen damals waren. Diese schlechte Lage nimmt aber im Parlament ausser der SVP noch niemand zum Anlass, effektiv Gegensteuer zu geben. Der Aufwand steigt munter weiter, das Budget soll ohne namhafte Reduktion der Ausgaben auch diesmal wieder genehmigt werden. Immerhin hat die Regierung den Ernst der Lage wenige Tage vor der Budgetdebatte erkannt. Der Stand des Projektes «Sanierungsprogramm 04» ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das Einsparungsziel von jährlich 600 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung entspricht übrigens fast haargenau der Summe, welche wir die letzten zwei, drei Jahre und auch diesmal wieder fordern. Das Einsparungsziel entspricht auch dem Postulat der Kollegen Werner Bosshard, Ernst Züst und Hansueli Züllig, welches Vorschläge zur Aufwandsreduktion forderte. So falsch und unmöglich waren und sind unsere Anträge offensichtlich nicht. Bei der Präsentation der so genannten Leistungspakete vor einem halben Jahr wurde das Parlament von der Regierung mit zum Teil noch lächerlichen Vorschlägen zum Sparen abgespeist, ja fast verhöhnt. Nun muss der gleiche Regierungsrat Vorschläge und Sparmassnahmen doch noch ernsthaft prüfen.

Mit dem Start zum «Sanierungsprogramm 04» wird aber noch nichts gespart. Bezeichnenderweise wird zuerst eine Kommission eingesetzt. In einer zweiten Phase soll ein Gesetzesentwurf geschnürt werden. Und erst im Juli 2003 wird der Regierungsrat konkret über die Umsetzung der Massnahmen befinden. Ab den Jahren 2005, 2006 soll dann so richtig mit dem Sparen begonnen werden. Das heisst, das Sparen wird einmal mehr verschoben. Und die Frage bleibt also immer noch offen, ob die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen den Regierungsrat, den Kantonsrat und allfällige Referenden und Volksabstimmungen überhaupt überstehen. Das Sanierungsprogramm steht also noch auf sehr wackligen Füßen.

Die SVP ist ganz klar der Meinung, dass das Sparen – eine schwierige und undankbare Aufgabe – nicht auf die kommenden Jahre verschoben werden darf; dies, nachdem die Sparübung ohnehin schon vor Jahren hätte einsetzen müssen. Wir werdend deshalb vom Regierungsrat mit einem Rückweisungsantrag, welchen Kollege Hansueli Züllig stellen wird, nochmals verlangen, uns ein reduziertes Budget vorzulegen. Damit könnte die Regierung die Prioritäten beim Sparen selber bestimmen. Das ist übrigens eine klassische Führungsaufgabe einer Exekutive. Andernfalls werden wir an unseren konkreten Sparanträgen im Rahmen der Detailberatung festhalten. Wir haben vom Regierungsrat frühzeitig Vorschläge und Varianten für Einsparungen gefordert. Leider blieben diese Vorschläge aus. Zum heutigen Zeitpunkt, bei der heutigen Budgetdebatte bleibt uns nur noch, Anträge auf Kürzungen der Globalbudgets zu stellen.

Gleichzeitig mit dem Voranschlag wird dieses Jahr auch der Steuerfuss neu festgesetzt. Die SVP hat den Antrag auf eine Steuersenkung von 17 Prozent gestellt. Vor drei Jahren hat der Rat leider nur eine Reduktion von 3 Prozent beschlossen. Trotzdem nimmt der Staat heute zirka 700 Millionen mehr Steuern ein als im Jahr 1999. Selbstverständlich werden diese Mehreinnahmen postwendend wieder ausgegeben und zusätzlich noch Schulden gemacht. Hätte das Parlament vor drei Jahren einer mutigeren Steuerreduktion zugestimmt, wäre die Versuchung mit Sicherheit weniger gross gewesen, den Aufwand derart massiv zu erhöhen.

Die SVP ist der festen Überzeugung, dass wir mit unseren Zielen, unserem Sparkurs dem Kanton, der Wirtschaft und speziell dem Gewerbe auf Dauer einen besseren Dienst erweisen, als wenn wir aus einem falschen Harmoniebedürfnis heraus ein wiederum schlechtes Budget

genehmigen. Nur ein finanziell gesunder Staat hat längerfristig auch Geld für Investitionen. Es kann nicht sein, dass die Verwaltung und damit auch die Bürokratie jährlich zunehmen. Es kann nicht sein, dass jährliche Aufwandsteigerungen ein Mehrfaches der Teuerung ausmachen. Es kann nicht sein, dass die Staatsquote von Jahr zu Jahr steigt und damit der Kanton Zürich von Jahr zu Jahr an Attraktivität einbüsst. Die Schweiz ist Spitzenreiter bei der Zunahme der Staatsquote von allen OECD-Ländern. Umgekehrt haben wir das kleinste Wirtschaftswachstum. Es kann auch nicht sein, dass wir das Sparen von Jahr zu Jahr verschieben.

Ich habe es angetönt, für die SVP wird unser Ratskollege Hansueli Züllig einen Rückweisungsantrag stellen mit der Forderung, das vorliegende Budget um mindestens 600 Millionen Franken zu reduzieren. Das entspricht ungefähr der Aufwandszunahme von diesem Jahr zum nächsten Jahr. Nach der Detailberatung werden wir Bilanz ziehen. Einem Voranschlag ohne wesentliche Einsparungen können wir nicht zustimmen.

Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil), Fraktionssprecherin der SP: Die SP-Fraktion hat sich eingehend mit dem Voranschlag und der Finanzplanung auseinandergesetzt. In unsere Überlegungen sind auch die alles andere als rosigen Konjunkturprognosen eingeflossen. Unsere Schlussfolgerungen werden sich an den Grundsätzen der Stabilität und Sicherheit, der Gerechtigkeit und der Chancengleichheit orientieren. Klar ist für uns auch, wir wollen keine weitere Umverteilung zu Gunsten der Wohlhabenden akzeptieren. Zahlreiche Studien belegen, dass es richtig ist, was die SP seit Jahren fordert: eine antizyklische Finanzpolitik. Das hiesse Steuern senken, Investitionen nicht zu knapp tätigen und vorübergehend Schulden in Kauf zu nehmen. Die Steuersenkung haben wir leider schon vor drei Jahren – und damals ohne Notwendigkeit – beschlossen. Jetzt können wir den Steuerfuss nur noch belassen wie er ist. Hingegen können wir investieren in die Glatthalbahn, in die Gesundheit, in Bildung, Sicherheit und Naturschutz. Die bürgerliche Mehrheit dagegen verlangt – wir haben es gehört – ein rigoroses Sparbudget. Dabei lassen Sie Ihre Regierungsrätinnen und Regierungsräte im Regen stehen. Im Unterschied dazu trägt die Sozialdemokratische Partei und Fraktion die Budgetentscheidungen der Regierung weitest gehend. Wir unterstützen Ihre Regierungsräte im Beschluss, den Steuerfuss nicht zu senken.

Das Sparen des Staates in Zeiten schwacher Konjunktur bremst das Wirtschaftswachstum. Ihre Sparwut, meine Damen und Herren von der SVP und vielleicht auch von der FDP, wird unseren Kanton ein halbes Prozent Wirtschaftswachstum kosten. Sie stellen siebzig Sparanträge und verlangen kurzerhand eine massive Steuersenkung zwischen 5 und 17 Prozent. Obwohl Sie die Interessen der Wirtschaft zu vertreten vorgeben, lassen Sie sich nicht von einem klaren Wirtschafts- und finanzpolitischen Konzept, sondern von reiner Ideologie leiten. Steuersenkungen sind zur fixen Idee verkommen. Dem Gewerbe und der Wirtschaft ist damit nicht gedient.

Wir präsentieren den Stimm- und Wahlberechtigten in diesem Kanton mit unseren Budgetanträgen und der Ablehnung der beantragten Steuerfussenkungen eine taugliche Alternative zum Kahlschlag der Rechten. Das heisst im Klartext: Wir wollen Stabilität und Berechenbarkeit. Der Steuerfuss soll trotz schwieriger Zeiten stabil gehalten werden. Bereits beschlossene und angefangene Projekte in der Verwaltung sollen fortgesetzt werden. Wir wollen mehr Investitionen. Die Glattalbahn soll realisiert werden, das Investitionsbudget der Gesundheitsdirektion soll wieder aufgestockt werden, der Natur- und Heimatschutzfonds muss entschuldet und die Artenvielfalt soll gesichert werden. Zusätzliche Einlagen von Steuermitteln in den Strassenfonds lehnen wir dagegen dezidiert ab.

Wir wollen mehr Sicherheit. Die Bekämpfung der Jugendkriminalität darf mehr kosten, die Polizeischulen sollen ihre Klassen füllen, der Zürcher Verkehrsverbund soll abends mehr Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter einsetzen können und die Sicherheit von Fussgängerinnen und Fussgängern soll verbessert werden.

Wir wollen Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Viele Sparmassnahmen, die wir klar ablehnen, wären einfach Lastenverschiebungen auf die Gemeinden. Die Gemeinden werden unterschiedlich darauf reagieren können. Die Chancengleichheit in unserem Kanton würde einen schweren Rückschlag erleiden. Das gefährdet die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Eine solche Politik trägt die Sozialdemokratische Fraktion nicht mit.

Wir wollen die Binnenwirtschaft stärken. Von einer Steuerfussenkung profitieren vor allem die Wohlhabenden. Die unteren und mittleren Einkommen würden dagegen von einer vollen Ausschöpfung der Krankenkassenprämien-Verbilligungen weit mehr profitieren. Die Reichen werden die Steuereinsparungen auf die hohe Kante legen,

Leute mit weniger Einkommen, die Mehrheit also, lassen das Geld in den Konsum fließen. Unsere Volkswirtschaft schliesst nämlich nicht nur grosse Unternehmen ein, sondern das ganze Volk. Ohne Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten fehlen dem Markt die entscheidenden Impulse, welche die Konjunktur ankurbeln können.

Das Volk will keine Leistungskürzungen, Sie aber wollen die Staatsquote um jeden Preis senken. Das öffentliche Leistungsangebot soll totgespart werden. Im Klartext ist das eine Politik, die einzig den Gutverdienenden und Superreichen dient. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung hat die Zeche in Form von höheren Gebühren und Leistungskürzungen in Bildung, Gesundheit und öffentlicher Sicherheit zu zahlen. Die vergangenen Abstimmungen über die Abschaffung von AHV-Beihilfen und über die Ausschöpfung der Krankenkassen-Prämienverbilligung haben jedoch gezeigt, dass das Volk keine Leistungskürzungen will.

Last but not least – der Staat braucht motiviertes Personal. Effiziente Dienstleistungen setzen motiviertes Personal voraus. Das Personal hat die Sparpakete der Neunzigerjahre loyal mitgetragen und dazu beigetragen, dass der Kanton Zürich heute 12 Prozent tiefere Steuern erhebt als noch Ende der Achtzigerjahre. Der dem Personal zustehende Stufenanstieg sollte endlich vollzogen werden.

Ich komme zum Schluss. Viele bürgerliche Politikerinnen und Politiker wollen den Staat arm sparen. Sollte sich diese Denkweise tatsächlich durchsetzen, so werden die Grundfesten unserer Gesellschaft erschüttert. Noch hat die SP den Glauben an die Vernunft in diesem Rat nicht verloren. Wir werden für unsere Anträge kämpfen und hoffen sehr stark, dass im letzten Moment doch noch Bewegung ins bürgerliche Lager, insbesondere bei der FDP, kommt.

Balz Hösly (FDP, Zürich): Es wäre falsch, die heutige Budgetdebatte ohne ihre Vorgeschichte zu betrachten. Seit ich mich nämlich in diesem Rat als Fraktionspräsident äussere, warnt die FDP die Regierung vor einem strukturellen Defizit im Kanton Zürich. Die Freisinnigen haben die Regierung in Zeiten der Hochkonjunktur aufgefordert, die nötigen Korrekturen am Staatshaushalt mit Blick auf eine nächste Rezession vorzunehmen. Wir haben eine Überprüfung der Staatsaufgaben und eine Variantendiskussion gefordert. Wir haben eine Umlagerung von kantonalen Stellen und Angestellten in die Privatwirtschaft

angeregt. Wir haben das Abschneiden von alten Zöpfen bei technischen Kontrollen, bei Denkmalpflege und bei Küchen und Kantinen im Staat verlangt. Wir haben in der höchsten Hochkonjunktur, als die Pressekonferenz des Finanzdirektors Christian Huber unter dem Motto «Good news» stand, gewarnt, dass es zwar «sun and fun» gäbe, aber auch «a lot to do». Das war am 18. Dezember 2000.

Die Regierung aber hat über Jahre weder die gemeinsame Kraft gefunden, den Kanton Zürich strukturell zu sanieren, noch ist es dem Finanzdirektor Christian Huber gelungen, diesen Prozess mit Hartnäckigkeit und Durchsetzungskraft anzugehen. Wir stehen vor einem finanzpolitischen Sonnenuntergangsszenario, das das Eigenkapital auffrisst und ein Milliardendefizit aufnet.

Ernst gemeinte Vorschläge des Parlamentes und der Freisinnigen wurden von der Regierung in den Wind geschlagen oder ins Absurde gezogen. Den Gipfel erreichte die Regierung, als sie sich nicht zu schade dafür war, ein FDP-Postulat für eine vernünftige Variantendiskussion mit geradezu grotesken Vorschlägen zu 74 Leistungspaketen zu beantworten. Anstatt unser Postulat, das von diesem Rat überwiesen worden ist, mit Ernst zu beantworten und ernst zu nehmen, beantwortete die Regierung ein Postulat von der SVP, das von diesem Rat noch gar nicht überwiesen worden ist. Mit diesem Unterzug hat die Regierung bei den Freisinnigen das Vertrauen eingebüsst. Es gibt in dieser Regierung Kräfte, die noch immer darauf abzielen, dieses Parlament zu erziehen und sich mit einer magistralen Überheblichkeit und Arroganz einer frühzeitigen gemeinschaftlichen Problemlösung zu entziehen. Sie beharren auf dem alten Pingpong-Spiel zwischen Exekutive und Legislative. Ich warne die Regierung vor solchen Spielen. Am finanzpolitischen Horizont zieht Sturm auf. Sie werden nur in einem Vertrauensverhältnis mit diesem Rat und mit einem rechtzeitig geführten Dialog Ihre Aufgabe erfüllen können. Hüten Sie sich bitte auch davor, FDP und SVP gegeneinander auszuspielen. (*Heiterkeit.*) So deutliche Differenzen diese beiden Parteien haben, so einig sind sie sich in der gemeinsamen Stossrichtung des Masshaltens von staatlicher Tätigkeit.

Es ist kaum zu glauben, wenn die Regierung im September einen derart katastrophalen mittelfristigen Finanzplan vorlegt und kein Gegensteuer vorgeschlagen wird. Sie haben die Aufgaben lediglich fortgeschrieben. Sie waren blind für jedes Wetterleuchten, Sie waren blind für jede Sturmwarnung. Was erwarten Sie denn, meine Damen und

Herren von der Regierung, von diesem Parlament? Dass es tatenlos zuschaut? Dass es wie Sie und die SP mit den Schultern zuckt und die Umstände für die Misere verantwortlich macht? Wohl kaum. Bei aller Kritik möchten wir Sie an Ihre Verantwortung erinnern. Sie sind aufgerufen, den Staatshaushalt mittelfristig zu sanieren und dem Parlament strukturelle Konsequenzen vorzuschlagen. Nur Sie können diesen Prozess koordiniert und geplant initiieren. Mit der Genehmigung dieses Voranschlags gibt Ihnen die FDP dazu die nötige Luft. Mit einer Senkung des Steuerfusses um 5 Prozent andererseits erhalten Sie auch den nachhaltigen Druck, diesen Prozess in der Verwaltung durchzuziehen. Im Gegensatz zur regierungstreuen Auffassung des «Tages Anzeigers» sind wir durchaus der Meinung, dass der Kanton sehr wohl Nachhilfe zum Sparen braucht, sonst wären die jetzt beabsichtigten Massnahmen bereits mit dem KEF im September lanciert worden. Einmal mehr haben Sie sich nämlich durch eine unsorgfältige Planung ausgezeichnet. Der drastische Einbruch der Steuereinnahmen war in Umrissen schon im September ersichtlich. Schon im September wäre Handeln angezeigt gewesen. Und Sie, Finanzdirektor Christian Huber, auch wenn Sie jetzt keinen Hehl daraus machen, dass Sie mit Ihrem Alarmruf Einfluss auf die nächste Steuerfussdebatte im Parlament nehmen wollen, dann ist das eine Einsicht, die wir von Ihnen schon seit Jahren, aber nicht nur mit Worten, sondern mit Taten erwartet hätten.

Die Freisinnigen erwarten jetzt von Ihnen, meine Damen und Herren Regierungsräte, konstruktive Schritte zur Lösung einer gemeinsamen Herausforderung. Wir werden Sie konstruktiv unterstützen.

Lucius Dürri (CVP, Zürich), Fraktionssprecher der CVP: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Ich erlebe heute meine zehnte Debatte bezüglich Budget und meine vierte bezüglich Steuerfuss. Ich sage Ihnen ehrlich, mir graut es fast vor diesen nächsten Tagen. Seit 1992 haben diese Debatten wenig Substanz beinhaltet, dafür umso mehr sinnlose Redeschlachten und Nullsummenspiele. Gespart wurde in all diesen Jahren trotz anders lautender Bekenntnisse kaum. Und auch Budgetzurückweisungen ergaben substanziell nichts. Irritiert und verärgert ob dieses Geplänkels waren die Einwohner unseres Kantons, die unser Parlament wählen und letztlich auch finanzieren. Unser Staat steht derzeit finanziell und politisch in einer schwierigen Situation. Schwierigkeiten vor allem wirtschaftlicher Natur haben aber

auch zahlreiche Mitbürgerinnen und Mitbürger. Rufen wir uns deshalb in Erinnerung, dass heute und in den nächsten Sitzungen das Wohl des Staates und seiner Bewohnerinnen und Bewohner im Vordergrund steht und nicht egoistische Parteiinteressen und Eigenprofilierung.

Eine Kurzanalyse der allgemeinen Lage zeigt klar, dass wir uns in einer schwierigen Situation befinden. Die Wirtschaft bekundet Mühe, Arbeitsplätze gehen verloren, Firmen werden geschlossen, einige Branchen beklagen eine eigentliche Rezession. Im Sozialbereich drücken noch immer die hohen Gesundheitskosten und bezüglich der Altersvorsorge besteht Unsicherheit. Im Bildungsbereich sind Reformen unabdingbar. Negative Abstimmungsergebnisse können nicht darüber hinweg täuschen. Bildung bedeutet Zukunft. Die Stimmung im Volk ist nicht schlecht, aber sie ist kritisch. Die Politik wird hinterfragt. Die Finanzlage der öffentlichen Hand insbesondere im Kanton Zürich ist unerfreulich, die Perspektiven sind negativ. Für Höhenflüge ist kein Platz. Die Steuereinnahmen werden auf Grund der Wirtschaftslage zwangsläufig sinken, es muss mit Ertragseinbrüchen gerechnet werden. Auf der Ausgabenseite lassen hohe gebundene Ausgaben wenig Spielraum, neue kommen hinzu wie etwa der Neue Finanzausgleich des Bundes. Zudem verlangen eine Reihe von Reformprojekten und Investitionsvorhaben insbesondere im Strassenbau zusätzliche Finanzen. Eine Konzentration der Mittel und die Festlegung klarer Prioritäten ist unabdingbar.

Diese Ausgangslage kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kanton Zürich verglichen mit andern Kantonen und dem Ausland gut dasteht. Steuerlich können wir uns gegenüber unseren Konkurrenten sehen lassen. Wir müssen uns ja nicht immer nur an Zug und Schwyz messen. Bezüglich anderer Standortkriterien sind wir weit vorne und deshalb für Investoren und Neuunternehmungen nach wie vor attraktiv genug. Wir haben in den vergangenen Jahren im Kanton die Steuern mehrfach gesenkt von 110 auf 105 Prozent. Zahlreiche Gemeinden haben einen eigentlichen Steuersenkungsboom erlebt. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern wurden massiv eingeschränkt und mit der bevorstehenden Steuergesetzrevision werden neue und tief greifende Erleichterungen geboten. Es erstaunt deshalb nicht, dass aus der Wirtschaft nicht jener Druck kommt, der uns gerne vorgetäuscht wird. Vielmehr wird dieser Steuersenkungsdruck künstlich erzeugt, um die Politszene anzuheizen und sich vermeintlich profilieren zu

können. Für Steuersenkungen – vor allem in gigantischem Ausmass – ist heute schlicht kein Platz. Die Stadt Zürich, in welcher Martin Voltenwyder, ein bürgerlicher Finanzchef, den Ton angibt, lebt es uns vor. Unsere eigene Regierung überzeugt mit ihren Argumenten gegen eine verfrühte Steuersenkung, macht gleichzeitig aber Ernst mit ihren Sparanstrengungen beziehungsweise ihrem «Sanierungsprogramm 04». Bis ins Jahr 2006 rund 600 Millionen Franken einzusparen, ist kein Pappenstiel. Die CVP ist erfreut über diesen klaren Willen und die Absicht, die staatlichen Leistungen kritisch und ohne Tabus zu überprüfen, wie sie es in ihrem Postulat «ALÜB 2» gefordert hat.

Zur finanzpolitischen Ausgangslage. Drei Hauptbereiche stehen sich gegenüber, einem politischen Bermuda-Dreieck gleich: die Festlegung des Steuerfusses, der Bedarf an zusätzlichen Investitionen und das Budget als Gesamtes, zweifellos Bereiche, die nicht ohne weiteres kompatibel sind. Aber es wäre denkbar, Lösungen zu finden im Sinne einer mittleren Unzufriedenheit, wie sie so oft bereits erreicht wurde.

Die SVP will 17 Prozent Steuersenkung, andernfalls das Budget kategorisch abgelehnt wird. Nicht einmal eine Steuersenkung von 5 Prozent akzeptiert sie. Dies ist verantwortungslos, denn den Preis dafür zahlt ein Teil Ihrer eigenen Klientel, so etwa die KMU. Die SP will ebenfalls ein Zeichen setzen und verweigert ein Budget bei einer allfälligen Steuersenkung. Ich finde dies schade. Es wäre auch nicht sozial, denn ohne Budget hätten wir es schwer. Die FDP glaubt, durch eine Disziplinierung der Regierung mittels Steuersenkung den richtigen Weg einzuschlagen. Nachdem der Regierungsrat bereit ist drastisch zu sparen, wäre eine Abkehr von dieser Taktik angezeigt.

Zu unserer eigenen Strategie. Für eine Steuersenkung ist heute der falsche Zeitpunkt. Damit werden möglicherweise spätere Steuererhöhungen provoziert. Der Regierungsrat hat Sparziele klar festgelegt. Diese sind happig, aber grundsätzlich realisier- und vertretbar. Die CVP ist bereit, zusätzliche Investitionen im Strassenbau einmalig im Betrag von 60 Millionen Franken aufzuwenden unter der klaren Bedingung, dass die Motorfahrzeugsteuer endlich erhöht wird. Sie will aber auch die im Budget vorgesehenen Investitionen sichern. Dazu nützen die beiden Steuersenkungsmodelle nichts. Und drittens: Die CVP steht klar zum Budget. Sie will den Staatsbetrieb sicherstellen. Sie will den Einwohnerinnen und Einwohnern, aber auch den Staatsangestellten Sicherheit bieten. Dazu braucht es keine Streiks. Luxuslösungen lehnt die CVP ab und wird deshalb einzelnen sachbezoge-

nen Budgetkorrekturen zustimmen. Eine Budgetzurückweisung bringt erfahrungsgemäss nichts.

Die Strategie der CVP ist nicht in Stein gemeisselt. Wie eingangs erwähnt, steht das Volkswohl im Vordergrund. Dafür sind wir bereit, Abstriche an unseren eigenen Zielsetzungen zu machen, was aber bedingt, dass auch andere Fraktionen von ihren Maximalforderungen wegkommen. Ich appelliere an Sie alle, diesen Weg der Vernunft zu beschreiten.

Heinz Jauch (EVP, Dübendorf), Fraktionssprecher der EVP: Mit der heutigen Debatte zum Voranschlag 2003 und der Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2003 bis 2005 und den Fortsetzungen an kommenden Ratssitzungen werden in diesem Saal für unseren Kanton ausserordentlich wichtige Entscheide gefällt – Entscheide, die für den Staat und damit auch für die Allgemeinheit und genauso auch für die Wirtschaft von eminenter Bedeutung sein werden. Und so ist oder zumindest wäre ein gesundes Augenmass und vor allem auch ein verantwortungsvolles Handeln aller Beteiligten gefordert. Soweit sind wir wahrscheinlich im ganzen Saal, zusammen auch mit der Zürcher Regierung, gleicher Meinung. Nur beginnt natürlich bereits die Krux. Was heisst «gesundes Augenmass» und was heisst «verantwortungsvolles Handeln»?

Die Ausgangslage ist wahrscheinlich vor allem für die SVP-Fraktion recht brisant. Schon vor vier Jahren, also im Vorfeld der Wahlen 1999, hat die SVP ihren Wählern ein meiner Meinung nach damals schon utopisches Versprechen abgegeben, sie werde dafür sorgen, dass die Staatssteuern um 20 Prozent gesenkt würden.

Und die FDP-Fraktion hat sich vor einigen Wochen etwas weit zum Fenster hinaus gelehnt, zu einem Zeitpunkt, bevor der Novemberbrief der Regierung aufzeigte, in welche Richtung sich die Finanzen des Kantons Zürich entwickeln werden. Wenn auch der FDP-Kürzungsantrag mit 5 Prozent eine wesentlich moderatere Grössenordnung aufweist, bin ich doch der Überzeugung, dass aus der heutigen Optik eine solche Steuerfussenkung schlicht und einfach nicht zu verantworten ist.

Ich habe kürzlich, in den letzten Tagen, in einer Tageszeitung gelesen, dass ein Exponent der SVP die Zürcher Regierung als linke Regierung taxiert hat. Und so nehme ich unserer linken Zürcher Regie-

rung die Aussage ab, dass sich die Situation in den letzten Monaten drastisch verändert hat. Die Prognosen in Bezug auf die Steuererträge, das heisst markante Steuerausfälle, sind für die nächsten zwei bis drei Jahre doch recht düster. Es ist mir durchaus bewusst, dass man grundsätzlich abgegebene Versprechungen wenn immer möglich einhalten soll – das versuche ich auch immer wieder. Aber wenn nun halt für alle nachvollziehbar sich die Rahmenbedingungen nochmals vor allem im Bereich der Steuererträge drastisch verändern, dann ist es eine Frage der Wahrnehmung von staatspolitischer Verantwortung, allenfalls seinen Wählerinnen und Wählern die veränderte Situation auch zu kommunizieren. Und ich meine sogar, dass dies auch in Kreisen der Wirtschaft und bei Wählern der FDP und der SVP durchaus als sogar verantwortungsvolle Haltung mitgetragen würde. Schwieriger ist allerdings für die SVP die Situation zu erklären, weshalb sie entgegen der versprochenen 20-Prozent-Steuerfussenkung dann allenfalls nur 3 Prozent erreicht hätten. Aber das überlasse ich gerne der SVP-Fraktion.

Selbst wenn gemäss Minderheitsantrag 1 der Finanzkommission, welcher mit dem Antrag der Regierung identisch ist, also ein unveränderter Steuerfuss für die Jahre 2003 bis 2005, beschlossen wird, also selbst bei 105 Prozent wie bisher, wird der Regierungsrat auf Grund des Novemberbriefes zum Handeln gezwungen werden. Der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung ist nicht mehr gegeben und damit tritt die Ausgabenbremse in Kraft. Das Finanzhaushaltsgesetz zwingt in diesem Fall den Regierungsrat, dem Kantonsrat Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben zu beantragen. Diese Aufgabe wird vom Gesamtregierungsrat in der jetzigen Zusammensetzung und auch nach den Gesamterneuerungswahlen – ganz gleich, wie dieser dann zusammengesetzt sein wird – gewaltig fordern. Auf Grund der Kantonsverfassung muss der Kantonsrat dann innerhalb von sechs Monaten über diese Anträge beschliessen. Der Kantonsrat kann zwar die Anträge der Regierung ändern oder durch eigene Massnahmen ergänzen oder ersetzen. Aber er ist verpflichtet, den Gesamtbetrag der mit den Anträgen der Regierung erzielbaren Saldoverbesserungen mindestens einzuhalten. Und in dieser Aufgabe wird der Kantonsrat – da wage ich eine Prognose zu machen – einer wahren Zerreissprobe ausgesetzt werden, und das bei unverändertem Steuerfuss.

Es scheint mir schon noch mehr als bemerkenswert und beachtenswert zu sein, wie die beiden Fraktionen der FDP und vor allem der SVP, welche ja zusammen mit immerhin vier Regierungsmitgliedern die Mehrheit im Zürcher Regierungsrat bilden, ihre Regierungsräte immer wieder im Regen stehen lassen. Vor allem der Finanzdirektor Christian Huber, immerhin auch der SVP angehörend, wird immer wieder von seinen Frauen und Männern nicht nur im Regen, sondern gar im Wind stehen gelassen.

Zum Budget. Zum Budget generell ist zu sagen, dass wir der Regierung attestieren, dass sie sich bezüglich dem Sparen Mühe gegeben hat. Wir haben Verständnis dafür, dass sie dabei die rechtsstaatlichen Grundsätze einhält und Budgetvorgaben nicht einfach kürzt, solange gesetzliche Grundlagen bestehen. Auch wir, die EVP-Fraktion, stehen zum Rechtsstaat und lehnen solche Forderungen ab und stehen damit weit gehend hinter der Regierung. Nicht leisten können wir uns eine Steuerfussreduktion, solange wir nicht bereit sind, klar auszusagen, welche Leistungen wir abbauen wollen und welche Gesetze wir vorgängig zu ändern haben.

Die Steuern sind in den letzten Jahren auch hier im Rat massiv gesenkt worden. Ich glaube, dass wir eine weitere Steuerfussenkung – auch für Abzocker der Nation – nicht brauchen. Die EVP steht hinter dem Budget. Und vor allem wehrt sie sich mit allen Kräften gegen eine Steuerfussenkung.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf), Fraktionssprecher der Grünen: Einmal mehr ist kein grüner Voranschlag auf dem Tisch. Im Gegenteil, die ökologischen Anliegen sollen zunehmend zurückgebunden werden, Kürzungen beim öffentlichen Verkehr und beim Umweltschutz drohen uns. Die Strassenbauwut geht weiter, obwohl das Volk gerade hier am ehesten sparen würde. Sogar der Regierungsrat will bereits in seinem Voranschlagsentwurf 14 Millionen Franken in den Strassenfonds einlegen und in den Folgejahren sollen es sogar 20 bis 30 Millionen Franken werden.

Wie alle Jahre haben wir heute ein Gejammer über die Aufwandsteigerung. Das ist nichts Neues, denn die Aufwandsteigerungen waren bereits im KEF dokumentiert. Trotzdem wurde seitens der SVP oder FDP keine einzige Leistungsmotion fristgerecht eingereicht, die einen klaren Auftrag gegeben hätte, wo welche Leistung abgebaut werden

soll. Das heisst, sie haben den KEF und die Aufwandsteigerungen damit im Prinzip akzeptiert, und zwar seit Februar dieses Jahres. Seither kamen nur – und auch heute wieder – die üblichen pauschalen Sprüche und «Rasenmäher-Anträge».

Zur Finanzlage. Die Finanzlage ist alles andere als rosig, aber glücklicherweise noch nicht katastrophal. Allerdings, Steuersenkungen liegen klar nicht drin, und eine 17-prozentige ist sogar absurd. Die Finanzlage und die Entwicklung zeigen aber eines klar: Der Geldmangel droht, um notwendige und sinnvolle Aufgaben zu erfüllen – ich denke an Investitionen im öffentlichen Verkehr, an den Umweltschutz, an die Stärkung des Bildungssektors. Diese Ausgaben sind gefährdet.

Auf der anderen Seite wird weiterhin Strukturhaltung betrieben, zum Beispiel im Militär- und Zivilschutzbereich. Oder es werden Luxushochbauten wie ein neues Polizei- und Justizzentrum projektiert. Oder es werden weiterhin Milliarden in Strassenprojekte verlockt, welche die Verkehrssituation nicht lösen, sondern verschlimmern und der Umwelt noch mehr Schaden zufügen werden. Und die Folgekosten aus diesen Strassenbauprojekten wird wiederum der Steuerzahler zu berappen haben. Auch der 300-Millionen-Kredit an die Swiss reisst ein weiteres Loch in die Staatskasse. Als Gegenwert erhält die Bevölkerung mehr Fluglärm. Unterdessen hat es auch der «Tages Anzeiger» gemerkt, dass damit auch schlechtere Karten beim Bundesgericht für Betriebsvarianten zu haben sein werden.

Der Regierungsrat unter der Finanzführung von Christian Huber hat es verpasst, in den guten Jahren strukturelle Massnahmen selbstständig einzuleiten. Wie gesagt, der Kantonsrat hat auch nichts gebracht. Ein Postulat der FDP wurde nicht beantwortet, dafür ein Postulat der SVP, das gar nicht überwiesen worden war. Und der Regierungsrat hat mit unsinnigen Sparvorschlägen deutlich gemacht, dass es so nicht gehen kann. Das hat der Rat eigentlich auch mehrheitlich in den Kommissionen so beraten. Nun handelt der Regierungsrat kurz vor dem Budget völlig orientierungslos. Beim Einbruch der Steuererträge kommt derselbe Finanzdirektor Christian Huber in ganzseitigen Inseraten und erklärt mit grossen Sprüchen, welche grossen Sparübungen jetzt auf den Kanton zukommen müssen, und unterstützt damit eigentlich indirekt die SVP-Fraktion, die das selbe seit Jahren fordert. Aber er ist ein genialer Regierungsrat. Es ist ihm gelungen, die ganze Regierung hinter die Forderung der SVP zu bringen – pauschale Sprüche,

aber keine konkreten Sparforderungen, wo denn die Leistung abgebaut werden soll. Zum Beispiel die SVP-geführte Direktion von Rita Fuhrer: Seit acht Jahren ist sie Polizei- und Militärdirektorin. Wir wissen, dass im Militär- und Zivilschutzbereich seit Jahren Änderungen im Gange sind und dort Sparpotenzial vorhanden ist. Geschehen ist nichts. Im Polizeibereich war Urban Kapo die grösste Leistung von Rita Fuhrer – ich enthalte mich eines Kommentars.

Die Grünen haben klare Forderungen an dieses Budget. Umgekehrt, wir verlangen einen Stopp von Projektierung und Bau von neuen Strassen. Wir verlangen im Strassenbau eine Konzentration auf die Sanierung von Unfallschwerpunkten und Umweltschutzmassnahmen inklusive Lärmschutz. Wir sagen klar Nein zu Steuergeldern im Strassenbau. Wir sind aber absolut der Meinung, dass Abbau von Doppelspurigkeiten in der Kernverwaltung und Stellenreduktion beim Militär und Zivilschutz und beim Strassenbau sinnvoll und notwendig sind. Wir verlangen einen Verzicht auf Luxusprojekte wie ein neues Polizei- und Justizzentrum, das schlicht nicht finanzierbar ist in der heutigen Lage.

Auf der anderen Seite verlangen wir klar den zügigen Bau des Durchgangsbahnhofes als den wahren «Hub» Zürich und der Stadtbahn nach einer allfälligen positiven Volksabstimmung, und zwar ohne Verzögerung. Und im Übrigen verlangen wir, dass keine weitere Sparwut bei Natur- und Umweltschutz stattfindet.

Zum Steuerfuss. Die Grünen betrachten angesichts der Finanzaussichten und der geforderten Leistungen der Bevölkerung und des Kantonsrates eine Steuersenkung als inakzeptabel. Der SVP-Antrag muss hier eigentlich gar nicht mehr kommuniziert werden, er ist schlicht absurd. Aber die Reduktion um 5 Prozent, die die FDP wünscht, wäre durchaus auch für die Grünen wünschenswert. Auch wir würden gerne der Bevölkerung sagen «Steuern senken und etwas weniger bezahlen». Aber es liegt nicht drin! Wir haben ein Leistungspaket bestellt und müssen auch bereit sein, die Zeche in Form von Steuern zu bezahlen. Wie gesagt, ich habe von keiner vernünftigen Leistungsmotivation gehört, die innert nützlicher Frist umsetzbar wäre.

Notabene, die selben Parteien FDP und SVP wollen auch strukturelle Steuersenkungen, die vor allem den Gutverdienern zukommen, gleichzeitig realisieren. Dadurch wird dann das Ganze noch absurder.

Noch einen Hinweis an den Ratspräsidenten: Er würde besser seine eigene Fraktion disziplinieren und zur Räsion bringen, die Steuerfuss-senkung abzulehnen, statt den Rat zu disziplinieren, er solle einem Voranschlag mit Steuerfuss-senkung der SVP zustimmen.

Im Übrigen werden die Grünen auf den Voranschlag eintreten und nach Beratung der Anträge für mehr Ökologie und Chancengleichheit gegen die Rasenmähermethode und nach Beratung des Steuerfusses definitiv entscheiden, ob sie einem solchen Voranschlag zustimmen oder diesen ablehnen werden.

Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg), Fraktionssprecher der FDP: Die Beurteilung der mittelfristigen Finanzplanung des anstehenden Budgets 2003 und der Festlegung eines Steuerfusses für die nächsten drei Jahre dürfte wohl die grösste finanzpolitische Herausforderung der zu Ende gehenden Legislaturperiode sein. Wir nehmen zur Kenntnis: Die Verschuldung von über 7 Milliarden Franken hat sich auf 5,2 Milliarden Franken verringert und das Eigenkapital von 400 Millionen Franken auf gegen 1,5 Milliarden Franken geäuft. Die Steuererträge sind höher ausgefallen als jeweils budgetiert. Aber auch das Ausgabenwachstum hat sich massiv verdoppelt, verdreifacht, vervierfacht. Die FDP hat in den vergangenen Jahren jeweils mit Genugtuung die positiven Rechnungsabschlüsse kommentiert. Sie hat aber auch immer auf die gefährliche Entwicklung des Ausgabenwachstums hingewiesen und die Regierung zu einem wirksamen Handeln zur Eindämmung der Ausgabensteigerungen aufgefordert. Im September dieses Jahres 2002 legte uns der Regierungsrat einen KEF vor, der gerade noch einen mittelfristigen Ausgleich darstellt. Auffällig ist dabei jedoch, dass bis 2006 mit Ausgaben von gegen 12 Milliarden Franken gerechnet wird, was gegenüber dem Budget 2002 eine Steigerung von über 20 Prozent bedeutet. Just nach definitiver Ausgangslage der einzelnen Parteien zu Budget und Steuerfuss schraubt die Regierung bei der Finanzplanung an den zu erwartenden Steuereinnahmen herum, um jetzt plötzlich innerhalb von acht Wochen gegenüber einem mittelfristigen Ausgleich einen Fehlbetrag von 1,65 Milliarden Franken aufzuzeigen. Auch wenn in der Sache eine noch vorsichtige Einnahmeplanung vertretbar ist, so darf aber die Vorgehensweise des Regierungsrates, die sich auf ein alljährliches Katz-und-Maus-Spiel mit dem Kantonsrat einlässt, nicht toleriert werden. Wäre es dem Regierungsrat wirklich so ernst mit den künfti-

gen Staatsfinanzen, dann hätte er im Sommer nicht diese unglaubliche Postulatsantwort mit ihren so genannten Leistungspaketen vorgelegt, und vor allem hätte er im September einen KEF präsentiert, welcher bereits Massnahmen zur Reduktion der Ausgabensteigerung aufgezeigt hätte. Wir alle wissen doch, dass wenn auch nur ein Silberstreifen am Konjunkturrhimmel in den kommenden Monaten auszumachen ist, im nächsten KEF die Steuerprognosen nach oben korrigiert würden und die Regierung eine Aufgabenreform wieder vor sich her schöbe. Jetzt, wo aber ein Mittelentzug droht, zeigt man plötzlich ein anderes Bild auf und hofft, mit öffentlicher Stimmungsmache eine Steuerfussreduktion abwenden zu können. Anstatt unser Postulat, das mittelfristige Massnahmen zur Ausgabenstabilisierung auf dem Stand 2001 fordert, ernst zu nehmen, hat die Regierung mit einer gewissen Respektlosigkeit diesem Rate gegenüber einfach noch ein nicht einmal überwiesenes Postulat der SVP mit aus unserer Sicht nicht umsetzbaren Forderungen beantwortet und damit unsere Anliegen ins Lächerliche gezogen. Heute aber droht uns die Regierung genau mit diesen undifferenzierten Kahlschlagmassnahmen und will damit einmal mehr das Parlament ins Offside stellen.

Aber auch das Parlament muss sich seiner Unzulänglichkeit insbesondere im Budgetprozess bewusst werden. Wie gelähmt stehen wir vor einem Budget mit einem Fehlbetrag von gegen 350 Millionen Franken und einer Aufwandsteigerung von 6 Prozent. Trotz Globalbudgets ist es in Regierung und Verwaltung immer noch wie früher; anstelle von echtem Unternehmensmanagement werden einfach die Zahlen zusammengezählt und neue Bedürfnisse dazu addiert. Will eine Sachkommission Kürzungsanträge stellen, dann wird sie vom zuständigen Regierungsratsmitglied und von den Chefbeamten torpediert und alle Vorschläge werden als nicht durchführbar klassifiziert. Dabei müssen wir in der Finanzkommission feststellen, dass es vielerorts noch mangelt mit der Transparenz, der Ausgabenreglementierung und der Kosteneffizienz. Allein in diesem Budget sind Mehrausgaben von gegen 200 Millionen Franken ohne neue gesetzliche Verpflichtungen auszumachen.

Auf Grund der letztjährigen Erfahrung mit der Regierung und den anderen Fraktionen werden wir uns in der FDP hüten, Sparpotenziale nochmals selbst zu definieren. Wir sind aber überzeugt, dass sich bei einem Aufwandsbudget von über 11 Milliarden Franken Kosteneinsparungen von 100 bis 300 Millionen Franken, was 1 bis 2 Prozent

entspricht, ohne Leistungsabbau und Entlassungen machen lassen. Dazu braucht es jedoch Regierungsratsmitglieder, die ihre Aufgabe nicht bloss im Verwalten verstehen. Es braucht auch Sachkommissionen, die wieder finanzpolitisch ihre Steuerungsaufgabe wahrnehmen und nicht einfach zum verlängerten Arm der Verwaltung verkommen.

Die FDP erachtete eine effiziente und leistungsorientierte Haushaltspolitik als eine der wichtigsten Aufgaben von Parlament und Regierung. Wohlstand, soziale Sicherheit und die Entwicklung unseres Staates hängen schwerwiegend davon ab. Es ist verantwortungslos, so zu tun, als ob hier einfach wütig gespart werden will. Für die FDP ist klar, eine hohe Lebens- und Standortqualität und dafür notwendige Staatsleistungen zu einer möglichst tiefen Steuerbelastung sind miteinander in Einklang zu bringen. Eine linke Staats- und Steuerausbaupolitik führt, wie uns Deutschland vorzeigt, demgegenüber ins Verderben. Mit dem Beschluss, den Steuerfuss um 5 Prozent zu senken und das regierungsrätliche Budget zu genehmigen, geht die FDP einen machbaren Weg, um mittel- bis langfristig einen gesunden Staatshaushalt ausweisen zu können.

Die rund 100 Minderheitsanträge zu diesem Budget werden wir grundsätzlich nicht unterstützen. Nur dort, wo eine Mehrheit der Sachkommission eine Änderung vorgenommen hat, erachten wir eine Kürzung als vertretbar. Vereinzelte Mehrheitsanträge werden von uns in der Debatte nochmals hinterfragt. Solange Regierung und Verwaltung nicht fähig sind, innerhalb der Globalbudgets ein Kosten-Leistungsmanagement umzusetzen, ist mit Budgetkürzungen kein «müder Stutz» gespart. Mit Nachtragskrediten und Überschreitungen kommen alle Ausgaben zur Hintertür wieder herein. Es bleibt selbstverständlich der Regierung unbelassen, bereits in der Laufenden Rechnung 2003 Sparmöglichkeiten zu ergreifen und das vorliegende Budget nicht voll auszuschöpfen.

Kein Verständnis habe ich für die Forderungen von mehr Lohn und Ferien der Linken und der Personalverbände. Es ist der Bevölkerung gegenüber eine Frechheit, dies in Zeiten zu propagieren, wo Arbeitsstellen verloren gehen, Kurzarbeit wieder eingeführt wird und Salärschnitte vorgenommen werden, insbesondere, da beim Staatspersonal ein hohes Lohnniveau herrscht und die Arbeitsplätze immer noch als geschützt gelten. Nicht tolerierbar ist die Einmischung des Staatspersonals in den demokratischen Meinungsbildungsprozess als auch Manipulierungsmissbräuche auf Kosten des Staates. Ich lasse mir, als

Volksvertreter, mit Streikdrohungen und Massenversänden nicht den Mund verbieten und auch nicht in eine Ecke drängen. Ich erwarte vom Regierungsrat, dass er bei allfälligen arbeitsrechtlichen Verstössen die notwendigen Schritte unternimmt.

Die FDP hat ihr finanzpolitisches Vorgehen zum diesjährigen Budget und Steuerfuss frühzeitig und transparent kundgetan. Der Kanton, das Gewerbe und die gesamte Bevölkerung brauchen ein gültiges Budget und sollen von einer nochmaligen Steuerfussreduktion profitieren können. Wir hoffen, unser bürgerlicher Nachbar wird letztendlich diesen vernünftigen Weg einschlagen, wozu wir ja Verhandlungsbereitschaft beim Strassenfonds signalisiert haben. Auf Taktierereien werden wir nicht eingehen und auch eine SP in die Verantwortung nehmen – sprich: Falls die SP zusammen mit der SVP für noch höhere Steuersenkungen stimmt, werden wir diese selbstverständlich laufen lassen.

Ratspräsident Thomas Dähler: Ich habe noch 22 Votantinnen und Votanten auf meiner Liste. Dazu kommt noch Finanzdirektor Christian Huber. Ich möchte eigentlich heute Vormittag diese Grundsatzdebatte zu Ende führen. Ich bin um jeden froh, der die fünf Minuten Redezeit, die jetzt jedem noch zusteht, nicht ausreizt.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Bereits zu Beginn der laufenden Legislaturperiode hat die SVP-Fraktion ganz klare, deutliche und unmissverständliche Zielvorgaben formuliert. Unser Sparkurs war genau definiert worden. Wir wollen die Steuern senken und den Ausgabenwuchs plafonieren. In den vergangenen Jahren haben wir zudem laufend darauf hingewiesen, dass die finanzielle Situation unseres Kantons immer prekärer wird. Leider ernteten wir wenig Gehör. Weder die Regierung noch das Parlament haben in den vergangenen Jahren ernsthafte Sparanstrengungen unternommen. Die Regierung, aber auch die Verwaltung haben den Ernst der Lage nicht erkannt, die Situation falsch eingeschätzt und das Ausgabenwachstum munter weiter vorangetrieben, ohne sich über ein längerfristiges Szenario Gedanken zu machen. Zwar hat die Regierung uns mit der Vorlage 3987 einen Bericht mit 74 Leistungspaketen präsentiert und versucht uns aufzuzeigen, was für Auswirkungen das Einfrieren und Plafonieren von Ausgaben auf den KEF haben sollte und wie der Aufwand bezüglich

der Voranschläge 2003 und 2004 auf das Niveau des budgetierten laufenden Jahres gesenkt werden könnte. Diese Varianten können aber nicht in allen Bereichen ernst genommen werden und manche haben das Parlament in gewisser Hinsicht lächerlich gemacht. Damit will der Regierungsrat ein SVP-Postulat, welches noch nicht einmal überwiesen ist, einfach abschreiben. So geht es wirklich nicht, meine Damen und Herren des Regierungsrates!

Heute beraten wir über den Steuerfuss für die kommenden Jahre sowie über das Budget 2003. Seien wir doch einmal ehrlich – wir können schon zu Beginn heute sagen: Wir stehen vor einem kläglichen, aber auch gefährlichen Scherbenhaufen, an dem wir uns, wenn wir ihn nicht mit der notwendigen Sorgfalt überqueren, schmerzhaft Verletzungen zufügen werden. Der «Tages Anzeiger» hat am vergangenen Samstag von einer Steuerfalle, einer Spielanlage mit drei Mitspielern und zwei schalen Siegern sowie einem Verlierer gesprochen. Das ist nicht richtig so. Wir sind hier 180 Politikerinnen und Politiker, die über die finanzielle Zukunft unseres Kantons zu befinden haben, so wie wir es in den letzten Jahren immer gemacht haben, leider ohne grossen Erfolg. Wir können es nun heute ändern. Es ist nun endlich an der Zeit, dass Sie erkennen, dass der Weg, welcher uns jedes Jahr von der Regierung vorgeschlagen wird, nicht mehr beschritten werden kann und darf. Wir müssen die Regierung und die Verwaltung nicht nur dazu bringen, sondern endlich dazu zwingen, die notwendigen Sparanstrengungen ernst zu nehmen und uns ein Budget vorzulegen, das auch unserer katastrophalen Finanzsituation gerecht wird. Diese befindet sich nämlich in einem rasanten freien Fall. Notwendiges ist vom Wünschbaren zu trennen. Die fetten Jahre sind vorbei. Es wird hart werden. Aber dieser Kur müssen wir uns unterziehen. Die SVP wird diese Rosskur mitmachen.

Als Erstes stelle ich hiermit namens der SVP-Fraktion den formellen Antrag,

das Budget sei zurückzuweisen mit dem Auftrag, auf der Aufwandseite eine Reduktion von mehr als 600 Millionen Franken zu erreichen.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen und somit der Regierung einen unmissverständlichen Auftrag zu geben, das Budget zu korrigieren.

Ratspräsident Thomas Dähler: Hansueli Züllig hat den Antrag gestellt, das Budget zurückzuweisen. Wir werden am Schluss der Grundsatzdebatte über diesen Antrag abstimmen.

Erika Ziltener (SP, Zürich): Die Einnahmen haben sich nach den Aufgaben zu richten. Dieser Grundsatz führt zu einer trag- und konsensfähigen Finanzpolitik. Die SVP macht mit ihren Kürzungsanträgen das Gegenteil. Sie kürzt pauschal, unabhängig von den Konsequenzen. Dass die absurden Kürzungsanträge gerade auch für ihre Wählerinnen und Wähler prekäre Auswirkungen hätten und den sozialen Frieden gefährden würden, weiss sie sehr wohl. Schliesslich hütet sie sich konkret zu sagen, welche Aufgaben der Staat nicht mehr erbringen sollte. Die pauschalen und unbegründeten Kürzungsanträge erfolgen jedes Jahr nach dem gleichen Muster, nur der Prozentsatz schwankt. Einzelne SVP-Mitglieder sind in den Sachkommissionen durchaus vernünftig und verzichten auf Minderheitsanträge, die grossen Schaden anrichten würden. Dann aber machen ihre FIKO-Mitglieder die Strafaufgaben ihrer Kolleginnen und Kollegen doch noch und stellen die Minderheitsanträge.

Die Minderheitsanträge können wir in drei Gruppen einteilen. Die «3-Prozenter» – davon ist insbesondere die Justizdirektion betroffen –, die «8-Prozenter» – davon hat es fünf in der Bildungsdirektion. Und die Gesundheitsdirektion mit acht Anträgen scheint die absolute Lieblingskürzungsdirektion der SVP zu sein. Und schliesslich gibt es die Gruppe der Anträge, für welche die gesetzliche Legitimation fehlt. Dazu gehören die individuellen Prämienverbilligungen, diverse Fondseinlagen und vom Bund vorgesehene Ausgaben. Aber dafür locker 60 Millionen Franken in den Strassenfonds! Statt der hilflosen Kürzungen ein Tipp von uns: Nehmen Sie den KEF und bereiten Sie die Sparanträge rechtzeitig vor! Und noch eine Randfrage: Wie können eigentlich Fachleute solche Anträge stellen? Wäre die Finanzpolitik der SVP durchdacht, wären Sie die Ersten, die sich damit auseinander setzen würden. Aber das ist nicht so. Die SVP bewegt sich nicht, was immer auch geschieht. Das vorliegende Budget hat bekanntlich eine beträchtliche Sparrunde hinter sich, ohne dass sich die SVP nur ein «My»bewegt hätte.

Die SP ist konsensfähig und setzt einiges daran, damit wir die Verantwortung wahrnehmen können und ein Budget zu Stande kommt. Das haben wir in den letzten Jahren mehrmals gezeigt, auch wenn das

Budget kein sozialdemokratisches war. Und gar im letzten Jahr haben wir es gezeigt, indem wir die 25 Millionen Franken in den Strassenfonds eingelegt haben beziehungsweise diese Einlage mitgetragen haben. Dass nun aber dieses Jahr die Regierung von sich aus 14 Millionen Franken aus allgemeinen Staatsmitteln einlegt, ist natürlich nicht im Sinne des damaligen Kompromisses. Zudem dürfen Einlagen in Form von Steuermittelzuschüssen nur in Ausnahmefällen via Voranschlag getätigt werden. Denn mit den Verkehrsabgaben, die gemäss KEF erhöht werden sollen, existiert bereits eine zweckgebundene Einnahmequelle. Die 14 Millionen Franken benötigen wir für den Stufenanstieg für das Personal – den Stufenanstieg, den wir ebenfalls im Sinne von «alle müssen in der schwierigen Finanzsituation ihren Teil leisten» erst auf den 1. Juli 2003 fordern. Mit diesem Kompromiss sparen wir übrigens 31,5 Millionen Franken. Das Personal hat über all die Jahre immer wieder erheblich dazu beigetragen, dass es dem Kanton Zürich finanziell nicht noch schlechter geht. Der Aufwandüberschuss ist zwar zu einem grossen Teil die Folge von Massnahmen im Personalbereich. Mehr dazu hören wir in der Detailberatung. Wenn der Kanton ein attraktiver, konkurrenzfähiger und wertschätzender Arbeitgeber ist, spart er am effizientesten. Laut Regierung muss auf den Stufenanstieg des Personals verzichtet werden, damit wir einen mittelfristig ausgeglichenen Haushalt haben. Wir werden Ihnen zeigen, wie es auch ohne Streichung des Stufenanstiegs gehen wird. Und nochmals, die Einnahmen haben sich nach den Aufgaben zu richten, dies an die Adresse der FDP, damit sie sich die Steuerfussenkung noch einmal überlegt.

Regula Mäder-Weikart (CVP, Opfikon): Ich bin überzeugt, dass wir in einer ganz speziellen finanziellen Situation stecken. Aber ebenso bin ich überzeugt, dass die Überhitzung, die wir vor der Stagnation erlebt haben, nicht von der Regierung oder der Verwaltung verursacht wurde, waren wir es doch fast alle, die hofften, durch die Börse Gewinne zu erzielen. Und der Rest hoffte, mit stets grösseren Lohnerhöhungen rechnen zu dürfen. Wieder einmal mein Lieblingssatz: Keine Bäume wachsen in den Himmel. So müssen wir mit den vorhandenen Tatsachen fertig werden. Geringste Teuerung, mehr Arbeitslose und die Gewerbetreibenden warten auf mehr Aufträge. Und gerade deshalb stellt die CVP-Fraktion zusammen mit der EVP den Antrag, dass mehr investiert wird, als im vorliegenden Budget vorgesehen. Die

Regierung soll auf 90 Prozent ihrer ursprünglichen Investitionen in der Langzeitversorgung im Gesundheitswesen zurückkommen. Streichungen von Investitionen bedeuten nur Vertagung in die nächsten Jahre. Und liebe Verwaltungsräte, liebe Gewerbetreibende, alle sind dankbar, wenn sie das Ihnen anvertraute Geld investieren. Aber genau dasselbe möchte auch die Regierung tun. Sie arbeitet meines Wissens nicht in die eigene Tasche, sondern lässt – wenn man es so sagen darf – das Geld rollen. Ganz klar stehen wir zu diesem Budget, denn es ist ambitiös ohne Steuererhöhungen, denn die will ja wirklich niemand, um die im Budget vorgesehenen Leistungen zu erbringen. Eine Kürzung der Steuern bringt nur einfach weniger Einnahmen. Die Investitionen müssten gekürzt werden, vermutlich Stellen abgebaut, ganz sicher aber Leistungen. Das kann ja nicht in unserem Interesse liegen, denn irgend jemand zahlt den Ausfall. Was nützt es uns, wenn unsere Steuern immer mehr für Ersatzleistungen auch in der Fürsorge verbraucht werden, statt dass wir den Menschen die Möglichkeit geben, mit ihrer Arbeit an unserem Wohlstand mitzuarbeiten. Jede Arbeit erbringt auf der anderen Seite Umsatz und auch wieder Einnahmen. Also stimmen wir dem vorliegenden Budget mit einem Steuerfuss von 105 Prozent zu. Und werte Herren und Damen der Exekutive, werte Anwesende, investieren Sie, wo es notwendig ist, aber drehen Sie halt den Franken einmal mehr um, damit keiner am falschen Platz landet! Schauen wir mutig in die Zukunft, denn depressive Gedanken schaden uns allen!

Ernst Züst (SVP, Horgen): Der konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan zeigt uns ganz klar, dass die kantonalen Finanzen auf einen Eisberg hinzusteuern. Wir wissen alle, dass es der Wirtschaft nicht mehr gut geht. Die Schweiz zählt wieder 121'000 Arbeitslose. In einer Zeit, wo der Staat, die Sozialversicherungen und die Krankenkassen jeden zweiten verdienten Franken gleich wieder wegekassieren, wird die stagnierende Wirtschaft uns alle mehr oder weniger treffen. Das kurze, am Ende der Neunzigerjahre aufgekommene Hoch hat sich inzwischen in ein anhaltendes Tief verwandelt. Die in der «Zürichsee-Zeitung» vom 23. September 1998 noch gesetzte Schlagzeile «Honeggers Nachfolger tritt kein leichtes Erbe an» hat sich mehr als bewahrheitet. Der scheidende Finanzdirektor Eric Honegger konnte damals beim Budget für das Wahljahr 1999 noch mit einer Beitragspause für die BVK aufbessern. Die Börse ist jetzt aber als dritter Bei-

tragszahler ausgestiegen und hat auch im Staatshaushalt und bei der BVK ein tiefes, sehr tiefes Loch gerissen.

Wenn Sie die Staatsrechnung richtig anschauen, so sind wir in einem Jahr mit dem Eigenkapital wieder dort, wo wir anfangs der bald ablaufenden Legislaturperiode waren, nämlich bei einer schwarzen Null und nicht bei mehr als einer Milliarde, Hans-Peter Portmann. Ich kann Ihnen den Beweis dann später antreten, wenn Sie wollen.

Zudem stecken wir mit den seit 1999 um 20 Prozent gestiegenen Ausgaben in einer Sackgasse. Aus dieser Sackgasse kommen wir am raschesten mit linearen Kürzungen der Globalbudgets wieder heraus. Die Sanierung der Staatsfinanzen ist ein gemeinsames Problem, das wir auch nur gemeinsam lösen können. An dieser Stellung möchte ich drei Empfehlungen abgeben.

Erstens: Schliessen Sie sich der Maxime einer gesunden Finanz- und Steuerpolitik an, die da heisst «ein gesunder Staatshaushalt bei tieferen Steuern, Gebühren und Abgaben».

Zweitens: Hören Sie mehr auf die SVP! Wenn Sie dies früher getan hätten, wären wir heute nicht in dieser misslichen Lage.

Drittens: Die Minderheitsanträge der SVP sind ein strategischer Auftrag an den Regierungsrat und seine Verwaltung, die strukturellen Defizite endlich zu beseitigen.

Lehnen Sie sämtliche, in die Schuldenfalle führenden Minderheitsanträge von SP und Konsorten ab! (*Unruhe auf der linken Ratsseite.*) Die in die Schuldenfalle führende Finanzpolitik dürfen wir als gewählte Kantonsrätinnen und Kantonsräte nicht zulassen. Packen Sie dieses Problem jetzt an und nicht erst nach den Wahlen! Ich jedenfalls möchte später nicht für eine finanzielle, nachträgliche «Grounding-Politik» verantwortlich sein. Der Staat kann es hier besser machen als viele versagende und abzockende Wirtschaftskapitäne.

Zum Schluss noch ein kurzer Blick an den Planungshorizont. Möglichst rasch über die Bücher müssen wir gehen im Zusammenhang mit dem auf uns zukommenden Neuen Finanzausgleich (NFA). Bei dieser finanziellen Notlage des Kantons Zürich muss man jetzt schlicht vergessen, dass der Kanton Zürich noch einen Mehraufwand von einer halben Milliarde verdauen kann. Der Kanton Zürich kann doch nicht als Milchkuh der Eidgenossenschaft herhalten. Die im KEF für den NFA signalisierte Steuererhöhung wird die SVP nicht hinnehmen. Die Steuern müssen nachhaltig runter und nicht rauf. Nur so erhalten

wir uns die Standortattraktivität des Kantons Zürich für bessere Zeiten.

Thomas Isler (FDP, Rüschlikon): Ich spreche aus drei Optiken zu Ihnen, zuerst als Kommissionspräsident der Kommission für Staat und Gemeinden. Unsere Kommission stimmt unseren Positionen im Voranschlag 2003, die wir zu beurteilen hatten, mit einer Ausnahme zu. Wir haben also kein Verständnis für Rückweisungsanträge. Bei der Position 2598, Buchgewinne, Liegenschaften, beantragen wir eine Erhöhung um 5 Millionen Franken.

Die STGK stellt fest, dass in etlichen Ämtern neue Stellen geschaffen werden. Nach ausführlicher Diskussion mit den zuständigen Verwaltungsstellen ist jedoch festzuhalten, dass der Bedarf dafür ausgewiesen ist. Unsere Kommission nimmt diesbezüglich vor allem eine betriebswirtschaftliche Sicht ein. Wenn zusätzliche Stellen den Ertrag erhöhen und einen Deckungsbeitrag liefern, der die Kosten für den Staat potenziell zu senken hilft, ist aus unserer Sicht nichts gegen die Schaffung zusätzlicher Stellen einzuwenden. Beispiele dafür sind das Amt für Gemeinden mit zwei Stellen für Einbürgerungsgesuche – die Einbürgerungsgesuche sind derart hoch, dass diese Stellen die Kosten mehr als hereinbringen – oder die KDMZ, bei der sich das Bestell- und Auftragsvolumen seit dem Jahre 1995 mehr als verdoppelt hat.

Zum Dritten in Sachen Verfassungsrat: Unsere Kommission hat mich klar beauftragt, einer gewissen Sorge über die beträchtlichen Aufwandsteigerungen Ausdruck zu geben, die zwar teilweise auch auf die durch uns beschlossenen Entschädigungserhöhungen zurückzuführen sind. Trotzdem, es bleibt, wie Kollega Lukas Briner es mir gegenüber soeben ausgedrückt hat: Der Verfassungsrat kostet still vor sich hin. Unsere Kommission empfiehlt ihm – mehr können wir nicht tun –, im Rahmen seiner Möglichkeiten mässigend auf diese Entwicklung einzuwirken.

Die STGK hat in Sachen globale Kürzungsanträge die ihr zugewiesenen Positionen nochmals überprüft. Die Aufwandsteigerungen sind gut begründet und vertretbar. Globale Kürzungsanträge sind deshalb nicht sinnvoll, denn sie verleiten die Verwaltung dazu, Luft in die Budgets einzubauen. Unsere Kommission lehnt sämtliche Anträge in dieser Richtung ab.

Zum Zweiten spreche ich als Präsident der Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen. Die Zürcher Wirtschaft geht im Moment durch ein Fegefeuer. Sie steht vor unglaublich komplexen Anforderungen und wird gefordert. Sie erwartet aber auch ein Budget. Bund wie Kantone sind gefordert. Der Bund hat das Seinige dazu getan, indem er die Umsetzung der Arbeitslosenversicherung auf den 1. Januar 2003 um 0,5 Prozent herunter genommen hat, Gott sei Dank. Der Kanton hat wenigstens bei der Familienausgleichskasse den Beitrag um 0,2 Lohnprozente gesenkt – auch das eine richtige Massnahme. Antizyklisch und auch als Ansporn, Julia Gerber Rüegg, sind die 5 Prozent Steuersenkung zu beurteilen, die wir brauchen, um ein Zeichen zu setzen für unsere Zürcher Wirtschaft. Die in ihr Tätigen – und das möchte ich für einmal auch als Exponent dieser Wirtschaft sagen – sind höchsten ethischen Anforderungen ausgesetzt. Sie müssen höchsten ethischen Anforderungen gerecht werden. Und für kurzfristige Profiteure haben wir keine Zeit, kein Interesse und keine Anerkennung.

Zum Dritten spreche ich als Präsident eines nationalen Wirtschaftsverbandes, des Textilverbandes Schweiz. Meine Branche ist traditionell ein Frühläufer. Wir sind sehr früh in die Rezession eingefahren. Wir leiden immer noch. Wir leiden vor allem unter der Währungssituation. Wir leiden auch darunter, dass die effektive Staatsquote in unserem Land rund 50 Prozent beträgt, das können wir nicht wegdiskutieren. Trotzdem – und das ist mein Schluss – sehen wir Licht am Ende des Tunnels. Es ist nicht ein entgegen kommender Zug. Wenn es im Januar einen Krieg im Irak gibt, dann ist der Tunnel noch länger, sonst ist er kürzer. Immerhin, Licht sehen wir, und in diesem Sinne hoffe ich das auch für unseren Staat.

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Im Protokoll über die Budgetdebatte des letzten Jahres steht «Wir wollen Schuldenrückzahlungen in dreistelliger Millionenzahl» und es steht «Wir wollen ein ausgeglichenes Budget». Diese Worte stammen nicht etwa von mir. Sie stammen von Balz Hösly. Das waren noch vernünftige Worte. (*Heiterkeit.*) Es ist schade – und eigentlich, wenn ich ehrlich bin, muss ich sogar sagen, es ist tragisch –, dass angesichts bevorstehender Wahlen nun auch die FDP die staatspolitische Vernunft zu Grabe trägt. Denn heute stehen wir vor einer FDP, die mit Steuersenkungen von 5 Prozent, was 200 Millionen Franken Ausfälle ausmacht, ein Budget mit einem Minus

von 700 Millionen Franken verabschieden will. Und wir stehen vor einer SVP, die mit ihren Steuersenkungen von 17 Prozent – das ergibt Steuerausfälle von 600 Millionen Franken, selbst wenn man noch die von ihr beantragten Budgetkürzungen berücksichtigt – ebenfalls ein Minus von 600 Millionen Franken verursachen will. Ernst Züst, wenn man alle Ihre Anträge gutheisst, dann wird die schwarze Null beim Eigenkapital schon nächstes Jahr einfahren.

Beide Parteien, FDP und SVP, wollen keine Verantwortung übernehmen für die Leistungskürzungen, die ihre Anträge anlässlich der heutigen Budgetdebatte verursachen. Balz Hösly, Ihr Begriff «Strukturwandel» ist langsam eine leere Worthülse, und die haben Sie nie mit Inhalten gefüllt. Und Ihre Behauptung, Hans-Peter Portmann, man könne noch sparen ohne Leistungskürzungen, ist nach all den Sparpaketen geradezu naiv. Und Sie, Herr Regierungsratskandidat Hans Rutschmann, werden dann im Wahlkampf nicht mehr sagen können «die Regierung muss sparen», sondern Sie werden Ihren Wählern erklären müssen, wie Sie bei den Spitälern 124 Millionen Franken pro Jahr sparen, ohne dass die Krankenkassenprämien steigen und ohne dass die Gemeinden mehr zu bezahlen haben. Und auch Ihre Regierungsratskandidaten und -kandidatinnen, liebe FDP und SVP, werden unseren Bürgerinnen und Bürgern, Wählerinnen und Wählern vor den Wahlen erklären müssen, welche Leistungen sie nun abzubauen gedenken, nachdem Ihre Parteien das Geld derart drastisch gekürzt haben. Selbst wenn der Steuerfuss nicht gesenkt wird – das hat Regierungsrat Christian Huber uns klargemacht – werden schmerzhaft Leistungskürzungen auf uns zukommen und Ihre Klientel wird diese Leistungskürzungen auch nicht einfach hinnehmen, das hat sie schon mehrfach gezeigt. Die Regierung handelt deshalb klug, wenn sie erklärt, dass eine Steuerfussenkung derzeit nicht zu verantworten ist. Wer unseren Kanton finanziell einigermaßen gesund halten will und wer für die Wirtschaft unseres Kantons Verantwortung übernehmen will, muss den regierungsrätlichen Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses gutheissen. Es geht nicht an zu behaupten, Balz Hösly, «wir unterstützen ja die Regierung, indem wir ihr Budget unterstützen». Ein Budget hat nämlich eine Ausgabenseite und eine Einnahmenseite. Wenn Sie nur die Ausgabenseite unterstützen und die Einnahmenseite nicht, dann unterstützen Sie nicht unsere Regierung. Die Trotzhaltung Ihrer Partei, Balz Hösly, die mittels Steuerfussenkung die Regierung zum Sparen zwingen will, zeugt nicht von grosser politischer Weit-

sicht. Einerseits hat die Regierung bereits reagiert, andererseits sind die Ertragsprognosen seit Ihrem «genialen» Doppelbeschluss noch einmal gesunken, wodurch Ihre Steuersenkungswünsche noch unrealistischer werden.

Und schliesslich glaube ich, Sie alle unterschätzen die Klugheit unserer Wählerinnen und Wähler. Volksabstimmungen über Steuerfussenkungen zum Beispiel in Luzern und Gemeindeversammlungen in diesem Land haben gezeigt, dass unsere Wählerinnen und Wähler sehr wohl wissen, dass es wie bei ihnen zu Hause auch in der öffentlichen Hand die Fünfer-und-Weggli-Politik nicht gibt. Wir haben massive Steuersenkungen hinter uns. Und wer in den nächsten Jahren noch die Reichsten entlasten und die Unternehmenssteuern senken will, der müsste endlich Prioritäten setzen und den Mut haben zu sagen «jetzt können wir die Steuern nicht auch noch senken».

Urs Hany (CVP, Niederhasli): Will man die wirtschafts- und finanzpolitische Situation unseres Landes, unseres Kantons beurteilen, gilt es verschiedene Aspekte grundsätzlich zu überlegen und zu diskutieren. Zwei sehr wichtige Aspekte möchte ich heute aus meiner Sicht kurz kommentieren: erstens eine allgemeine Beurteilung der Konjunkturlage in unserem Land und Kanton und zweitens deren Auswirkung auf die Auftrags- und somit Arbeitsplatzsituation in der Wirtschaft generell.

Die Wirtschaft erlebt zurzeit nicht nur ein Nullwachstum, sie kämpft mit einer handfesten Rezession. Aufträge für die nahe Zukunft fehlen, notwendige Investitionen werden zurückgehalten. Die Finanzmärkte sind geprägt von Verunsicherung und Instabilität. Die Ursachen sind vielfältig, sie sind bekannt und müssen hier nicht aufgelistet respektive kommentiert werden. Die Auswirkungen sind ebenso bekannt. Die Arbeitslosigkeit nimmt mit steigender Geschwindigkeit zu, das Konsumverhalten nimmt ab. Bis heute haben vor allem die Grossunternehmen in allen Branchen Arbeitsplätze abgebaut. In deren Chefetagen werden diesbezügliche Entscheide relativ anonym gefällt, ist doch den Entscheidungsträgern die Arbeitnehmerschaft wenig bekannt. Diese Konzerne und Grossunternehmen stellen zirka 15 Prozent der Arbeitsplätze in unserem Land zur Verfügung. 85 Prozent werden von den KMU zur Verfügung gestellt. Viele Unternehmer und Gewerbler in diesem Bereich haben bis heute mit grösster Zurückhaltung bezüglich Arbeitsplätze reagiert. Die Mitarbeitenden sind den

Letztverantwortlichen bekannt. Man tut sich schwer, Entlassungen auszusprechen. Sobald die Jahresabschlüsse 2002 vorliegen und keine Trendwende absehbar ist, muss in vielen KMU gehandelt werden. Die Auswirkungen sind absehbar.

Genau in dieser Situation muss sich der Staat, die Öffentliche Hand, letztendlich die Politik ihrer Verantwortung bewusst werden. In unserem Kanton ist die Öffentliche Hand der grösste Auftraggeber für die Wirtschaft, für die KMU. Kein anderes Unternehmen ist zurzeit in der Lage, Investitionen in solchem Umfang auszulösen. Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SVP und der FDP, behaupten nun, genau dieser Öffentlichen Hand müssten Mittel entzogen werden. Der obersten Unternehmensleitung – sprich Regierungsrat – müsse man das Sparen lehren, und dies mit dem Mittel der Steuerfusssenkung. Wir, das Parlament, die Politik und letztendlich das Volk haben aber mit unserer Gesetzgebung bestimmt, was dieses Unternehmen «Öffentliche Hand» zu leisten hat. Wenn Sie nun behaupten, dem Regierungsrat müssten Mittel entzogen werden, dann ist das für mich in der momentanen Konjunkturlage blanker Unsinn. Sie, liebe Steuerfusssenker, stehlen sich aus der Verantwortung für die Vergangenheit und wollen nun die Regierung zum Sparen zwingen. Wo soll dann die Regierung sparen, wenn wir das Pflichtenheft – sprich Gesetzgebung – nicht oder noch nicht geändert haben?

Mit einer Steuerfusssenkung zwingen Sie den Regierungsrat, kurzfristig Investitionen zu streichen, genau diese Investitionen, die wir in der Wirtschaft so dringend brauchen. Auch ich unterstütze jegliche Sparanstrengungen sehr. Aber auf gar keinen Fall auf Kosten der Investitionen. Die Damen und Herren von der SVP gehen sogar so weit, dass sie das Referendum gegen die Grossinvestition Glatthalbahn ergriffen haben, mit der Begründung, der Individualverkehr – sprich Oberlandautobahn – müsse zuerst berücksichtigt werden. Blanker Unsinn! Beides ist notwendig. In den öffentlichen Verkehr und in den Individualverkehr muss investiert werden, und das gerade für die nächste Zukunft. Wenn eine Mehrheit dieses Parlamentes nun eine Steuerfusssenkung beschliesst, haben diese Damen und Herren nicht begriffen, was der Staat und die Politik letztendlich für eine Aufgabe haben – nämlich Voraussetzungen zu schaffen, die das Wohlergehen unseres Volkes fördern respektive garantieren. Massnahmen, die diesem Grundsatz widersprechen und der eigenen Profilierungssucht dienen, sind zu verurteilen und abzulehnen.

Werner Bosshard (SVP, Rümlang): Die Perspektiven, welche uns Voranschlag und KEF aufzeigen, sind ernüchternd und erschreckend. Der Aufwand wächst ungebrems und die Erträge, bestehend aus Steuern, Gebühren und Abgaben, wachsen ebenfalls, wenn auch nicht so stark. Was heisst das in verständlichen Worten? Aufwandswachstum heisst, die staatliche Tätigkeit nimmt immer mehr zu oder, wenn sie nicht weiter zunimmt, wird immer teurer. Das wollen wir nicht. Ertragswachstum heisst, unsere Wirtschaft wächst, ebenso die Löhne. Das dem leider nicht ganz so ist, wissen wir alle zurzeit. Wird trotzdem ein höherer Ertrag vorausgesagt, heisst das doch, dass offenbar die Absicht besteht, aus dem vorhandenen Steuersubstrat mehr herauszuwürgen. Das wollen wir auch nicht.

Seit Jahren fordern wir, leider vergeblich, eine Trendwende im Staate Zürich. Jetzt, wo der Karren tief im Dreck steckt, stellt endlich auch die Regierung fest, dass gehandelt werden muss. Weil der mittelfristige Finanzausgleich 1999 bis 2006 und noch vielmehr 2000 bis 2007 nicht mehr gewährleistet ist, kommt Paragraph 6 des Finanzhaushaltsgesetzes zur Anwendung, der da sagt: Ist der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung gefährdet, prüft der Regierungsrat die Ausgabenbedürfnisse erneut auf ihre sachliche und zeitliche Dringlichkeit. Er erstattet dem Kantonsrat Bericht und beantragt ihm Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben insbesondere die Änderung von gesetzlichen Verpflichtungen.

Ich erinnere hier an das schon mehrmals genannte Postulat Werner Bosshard, Ernst Züst, Hansueli Züllig, welches fordert, der Regierungsrat habe darzulegen, wie der Aufwand für das Jahr 2004 auf 10 Milliarden Franken gesenkt werden könne. Obwohl bisher nicht überwiesen, kann die Vorlage 3987 als Antwort auf dieses Postulat angesehen werden. Diese Vorlage hat im vergangenen Sommer noch für einiges Aufsehen gesorgt. Die darin enthaltenen Leistungspakete, treffender würde man sie Verzichtspakete nennen, zeigen einen allerdings sehr schmerzlichen Weg zur Aufwandsreduktion auf. Die Regierung wird nicht umhin kommen, in dieser Richtung zu handeln. Und wir alle werden gefordert sein, dabei mitzuhelfen und Verzicht zu üben. Dabei wäre der Kantonsrat gut beraten, als Zeichen seines guten Willens baldmöglichst zur alten Besoldungsverordnung zurückzukehren und damit seinen Sparbeitrag zu leisten. Aber ich wette, dass auch hier die SVP-Fraktion wieder einmal alleine bleiben wird.

Als Finanzkommissionsreferent für die Direktion der Justiz und des Innern, habe ich natürlich meine Aufmerksamkeit auf diese Direktion fokussiert. Auf den ersten Blick sieht es hier eigentlich nicht schlecht aus. Ertrag und Aufwand bewegen sich von 2002 bis 2006 in einer engen Bandbreite. Trotzdem bleibt ein Unbehagen. Die hier angegliederten Ämtli und Fachstellen wie Datenschutzbeauftragter, Fachstelle Opferhilfe, Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen, Fachstelle Kultur und Kantonale Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen sind meiner Meinung nach personell überbesetzt und oder schanzten sich Aufgaben zu, welche nicht zu den staatlichen Kernaufgaben gehören.

Ich habe vorher dem Kollegen Hans-Peter Portmann gut zugehört und wenn ich ihn richtig verstanden habe, dann sieht er eigentlich auch Sparpotenzial von etwa 3 Prozent. Ich hoffe, er und seine Fraktion werden dann bei den entsprechenden Anträgen auch entsprechend handeln. Zu Dorothee Jaun möchte ich noch sagen: Ihr ewiges Klage lied, man entlaste nur die Reichen, stimmt natürlich schon, aber man kann nur den entlasten, der etwas trägt. Wer keine Last trägt, den kann man nicht entlasten.

Ich fasse zusammen: Die Situation ist ernst und wir müssen jetzt das tun, was die SVP schon seit Jahren tun wollte.

Germain Mittaz (CVP, Dietikon): Für die heutigen Budgetdebatten wurden innerhalb der CVP die Themen in Blöcke aufgeteilt. So rede ich hauptsächlich zur Thematik des Steuerfusses und auch aus dem Blickwinkel der Staatsquote.

Zur Ausgangslage. Gemäss Staatsbilanz vom 31. Dezember 2001 betrug das Eigenkapital des Kantons rund 1,4 Milliarden Schweizer Franken, dies bei einem Fremdkapital von 10 Milliarden Franken. Mit 12 Prozent – lediglich 12 Prozent der Bilanzsumme sah der Eigenkapitalanteil sehr mager aus. Die Situation wird sich per 31. Dezember 2002 kaum wesentlich verbessern. Selbst wenn Regierung und Parlament in Sachen Sparen einen Zacken zulegen, könnten wir diese Ausgangslage kaum gross und positiv verändern. Nun, was will heute eine Mehrheit dieses Rates? Mindereinnahmen beschliessen, die das Ganze nur verschlimmern können. Vergleicht man diese Situation mit derjenigen der Privatwirtschaft – nehmen wir als Beispiel eine Aktiengesellschaft – kommt dies einer Dividende gleich, die zu Lasten eines negativ geplanten Ergebnisses beschlossen wird. Eine solche Hal-

tung ist für uns unverantwortlich. Die CVP ist fürs Sparen, dort wo es möglich ist. Und wir meinen, die Mehrheit der bürgerlich dominierten Regierung hätte dies im Wesentlichen getan. Im Gegensatz zur FDP sind für uns auch ihre Vertreter in der Regierung nicht so schlecht. Wir würden auch sehr gerne Steuerreduktionen gewähren, aber bei einer solchen Ausgangslage ist das nicht möglich. Vielmehr müssen wir aufpassen, dass unsere Staatsfinanzen nicht bald in einen Bilanzfehlbetrag einmünden. Ein solcher führt bekanntlich zu weiteren Abschreibungen, was wiederum einen weiteren Anstieg des zu deckenden Aufwandsüberschusses produziert. So ein Spiel ist nicht nur gefährlich, es ist ein Spiel mit dem Feuer und schlicht und einfach unseriös. Seit Jahren plädiert die CVP für eine bessere Relation zwischen Fremd- und Eigenkapital, denn die Schulden verursachen Zinskosten, die wiederum mit Einnahmen, in der Regel mit Steuern zu decken sind.

Zur Staatsquote. Es stimmt, diese hat sich in den letzten Jahren erhöht. In der Schweiz liegt diese Erhöhung im Vergleich mit anderen Ländern höher. Wir liegen allerdings gesamthaft gesehen immer noch in der Gruppe mit einer relativ geringen Staatsquote. Die Staatsquote ist nicht einfach als Synonym für Negativ oder als Gift zu betrachten. Nutzniesser der Staatsquote sind schlussendlich wir alle – als Autofahrer, als Empfänger von Dienstleistungen im Bereich der Sicherheit, der medizinischen Betreuung, der Ausbildung, der Leistungen des öffentlichen Verkehrs und so weiter. Und das, glaube ich, wollen wir alle. Sämtliche Rentner gehören auch dazu, direkt oder indirekt. Ich denke auch an die notwendig gewordene Verbesserung der Arbeitslosenentschädigung, die seit Mitte der Siebzigerjahre eingetreten ist. Auch das gehört dazu. Leider gehören zur Staatsquote auch Entschädigungen an bestimmte Kreise der Abzocker. Ich denke hier an die immensen Auszahlungen über Institutionen der Vorsorgegruppen. Auch die Staatshilfe wegen Fehlleistungen von Managern, zum Beispiel Swissair, wirken sich mindestens indirekt aus.

Zur steuerlichen Belastung. Auf die Steuern bezogen, ist in diesem Kanton einiges geschehen in den letzten Jahren. Ausgleich für kalte Progression bei den natürlichen Personen: Korrekturen innerhalb der einzelnen Stufen bleiben zwar dringend notwendig, aber das steht zurzeit nicht zur Diskussion. Hingegen ist eine generelle Kürzung des Steuerfusses um 17 Prozent nicht der richtige Weg. Der Steuerfuss in den Gemeinden ist laufend nach unten korrigiert worden. Das ist eine

gute Sache. Die Gemeinden konnten sich dies leisten, wenn ihr Eigenkapitalanteil dies auch verantworten lässt. Das ist sehr gut so. Für die juristischen Personen, vor allem für die obersten Segmente der Steuerbelastung, wurde unsere Gesetzgebung entsprechend angepasst und freundlicher gestaltet. Ich habe bis jetzt viele von diesen Massnahmen aus Überzeugung unterstützt – mit Ausnahme der Abschaffung der Stufe 13. Da war und bin ich immer noch dagegen.

Ich komme zum Schluss. Unsere Fraktion wird und kann aus den dargelegten Gründen keiner Steuerfussenkung zustimmen. Zweitens sind wir für sinnvolles Sparen. Und drittens wollen wir zurzeit allfällige Überschüsse zur Stärkung des Eigenkapitals verwenden.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Zum Budgetprozess ein paar Fragen und Überlegungen. Was hat uns das New Public Management gebracht? Wie steht es mit der Kosten-Leistungsrechnung, wie steht es mit dem Controlling? New Public Management brachte uns Globalbudgets mit Rücklagen, von denen man dann nicht weiss, ob sie tatsächlich verdient worden sind oder ob man zu hoch budgetiert hatte. Auf jeden Fall können wir erkennen, dass die Globalbudgets das Ausgabenwachstum nicht behindern. Die Kosten-Leistungsrechnung ist erst in Ansätzen vorhanden und ist noch kein Instrument für das Controlling, also nicht das, was sie eigentlich sein sollte. Die Rechnung beziehungsweise das Budget ist in vielen Teilen nicht mehr transparent. Deshalb entsteht immer wieder der Eindruck bei den Kostensenkungsforderungen der SVP, es gehe um lineare Kürzungen. Exponenten sprechen dann sogar von einer «Rasenmäher-Methode». Diese Formulierung, die Sie schon in Ihren Voten haben und die ins Platitüdenverzeichnis gehört, müssen Sie ändern. Ich meine nämlich auch Martin Bäumle. Sie haben auf jeden Fall noch nicht erkannt, dass selbst in einem Rasenmäher die Schnitthöhe sehr differenziert angewendet werden könnte. Also bitte keine solchen Platitüden mehr!

Doch zur Sache, zur gefragten Budgetverbesserung habe ich Ihnen eine frohe Botschaft. Jeder Betriebswirtschaftler weiss: Kosten kann man senken. Mit einer Kosten-Leistungsrechnung beispielsweise und mit weiteren Instrumenten eines echten Controllings ist dies möglich. Das heisst also, künftig kein Budgetieren nach unten und Fortschreiben der Zahlen, sondern eben von oben nach unten. Wir müssen wie in der Privatwirtschaft ein Gewinnziel setzen – dort gibt es eine Gewinnplanungsrechnung – und wir brauchen eben eine Ergebnisziel-

rechnung – dieses Ziel wollen wir erreichen – und von dort gehen wir kaskadenmässig vor bis hinunter zu den Kostenstellen. Dann können wir klare Vorgaben geben. Kosten zu senken ist demzufolge möglich. Wir haben in unserem Staatshaushalt zu hohe Gemeinkosten, das heisst halt, dass wir ein Instrument einsetzen müssen, und das ist das Gemeinkostenmanagement oder besser das Prozesskostenmanagement. Hier müssen wir ansetzen, denn mit einer Prozessoptimierung können wir auch eine Vergünstigung, eine Kostenoptimierung erreichen.

Das ist eine Erkenntnis, die die meisten durchschnittlichen Parlamentarier halt eben noch nicht haben. Ich möchte Sie bitten, sich damit zu befassen. Im Übrigen kennen Sie die Anträge der SVP.

Ruedi Noser (FDP, Hombrechtikon): Die SVP beharrt auf ihren über-rissenen Forderungen, die Steuern zu senken. Sie will einen Kanton Zürich ohne öffentlichen Verkehr, ohne eine gute Bildung und mit einem Gesundheitssystem, das sich nur noch für die Reichen lohnt und funktioniert. Das wenige Geld, das übrig bleibt, soll man in den Strassenbau investieren, als ob Auto fahren das einzige Grundrecht wäre, für welches dieser Kanton noch zu sorgen hat. Der Kanton, den die SVP will, ist ein Offshore-Paradies, in dem die SVP Zürich ein Volksfest machen würde, wenn Martin Ebner wieder nach Zürich zurückkommen würde. Aber Martin Ebner kann schon heute wieder zurückkommen, denn wenn man kein Geld mehr hat, muss man auch keine Steuern mehr bezahlen. Und genau das würde auch mit dem Kanton Zürich passieren. Unser Kanton hätte keine Kultur mehr, würde verarmen. Es würde enorme Spannungen geben. Es würde Jugenddemonstrationen geben und die Polizei würde mit starken Repressionen antworten müssen. Die Politik würde auf die Strasse getragen. Dazu kann die FDP nur Nein sagen. Unser Kanton ist ein Kunstwerk und kein Steinbruch.

Aber auch das, was die SP will, kann die FDP nicht unterstützen. Denn für die SP ist nach wie vor ein unabhängiger, freier und eigenständiger Bürger etwas, das es nicht geben darf. Der Bürger soll vom Staat abhängig gemacht werden. Dieses gefährliche Gift verpackt die SP mit viel Zucker. Süß soll es das Volk haben, damit die Strategie ja nicht durchschaut wird. Für jedes Problem, vor dem der Bürger steht, soll der Staat eine Lösung haben. Am liebsten hätte es die SP, wenn alle beliebig lange studieren könnten und nachher gerade noch von

diesem Staat eine Stelle bekommen würden. Diejenigen, die noch bereit wären, etwas zu leisten, werden abgezockt. Die Reichen sollen die Altersversorgung, die Gesundheitskosten, die Steuern bezahlen und zu all dem nichts zu sagen haben. Tugenden wie Sparsamkeit, Eigenverantwortung, Fleiss sowie Familien, die ihr Leben unabhängig vom Staat gestalten wollen, sind der SP ein Dorn im Auge – sprich, die Werte von Zwingli, die Zürich über die Jahrhunderte zu Wohlstand gebracht haben, sollen vernichtet werden. Die FDP kann auch eine solche Politik nicht unterstützen.

Unser Kanton ist ein Ort, wo sich Eigenverantwortung und Leistung lohnen sollen und kein Suchtmittel, ohne das niemand mehr leben kann. Die FDP ist die Kraft, die diese Werte vertritt. Dort wo der Staat eingreifen muss, soll der Staat effizient eingreifen und eine starke Leistung erbringen. Heute ist der Punkt erreicht, wo es nicht mehr weiter möglich sein soll, dem Bürger mehr Geld aus dem Portemonnaie herauszunehmen. Die FDP ist nicht bereit, dem Staat mehr Mittel zu geben. Die realen Einnahmen und die Schuldenbremse definieren den Rahmen, in dem ein Budget entstehen soll. Damit möchten wir die Regierung zwingen, nicht nur einzelne Positionen in ihren Departementen zu vertreten, sondern als Regierung einen politischen Willen umzusetzen. Hier muss der Finanzminister eine Führung übernehmen. Leider hat die gesamte Regierung praktisch die ganze Legislatur gebraucht, dies zu verstehen.

Hans Badertscher (SVP, Seuzach): Die Gewerbegruppe des Kantonsrates, deren Präsident ich bin, stellt mit Enttäuschung fest, dass wir in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von gegen 337 Millionen Franken rechnen müssen. Was würde ein Unternehmer in einer solchen Lage machen? Er wäre gezwungen, Einsparungen zu erreichen. Er müsste dies dort tun, wo das Unternehmen am wenigsten Schaden nehmen würde. Grundsätzlich müssten diese Überlegungen auch auf den Staatshaushalt übertragen werden. Nach dieser Erkenntnis ist es folgerichtig, vorerst über das Budget zu sprechen. Die Gewerbegruppe legt grossen Wert darauf, erstens ein Budget zu verabschieden, zweitens eine Steuersenkung zu realisieren, drittens geeignete Sparmassnahmen zu treffen und viertens die Investitionen inklusive die Einlage in den Strassenfonds zu sichern.

Zur Diskussion steht die Senkung des Steuerfusses. Die Vorstellungen liegen weit auseinander. Sie reichen von Steuerfussenkung 0 bis

17 Prozent. Es gilt nun, eine angemessene Lösung zu finden, um überhaupt ein vernünftiges Ziel zu erreichen. Ich erinnere: Ein Steuerprozent beträgt 40 Millionen Franken bei einem Gesamtetat von über 11 Milliarden Franken. Nach einer harten internen Auseinandersetzung empfiehlt der Ausschuss der Gewerbegruppe eine Steuerfuss-senkung von 6 Prozent. Wir unterstützen daher die Sparanträge der FIKO und der Kommissionen. Die Einlage in den Strassenfonds werden wir ebenfalls unterstützen.

Wenn wir noch zur Investitionsrechnung Stellung nehmen, finden wir, dass die Nettoinvestitionen von rund 770 Millionen Franken beibehalten werden sollen. Eine Kürzung würde die Wirtschaft und damit die arbeitende Bevölkerung gerade in der heutigen Zeit hart treffen. Je nach Ergebnis der Budgetberatung werden wir entscheiden, ob wir das Budget annehmen oder ablehnen werden.

Marco Ruggli (SP, Zürich): Liebe SVP-Fraktion, ich richte mich heute nur an Sie, denn ich habe den bestimmten Eindruck, dass Sie gar nicht mehr wissen, was die Funktion und Aufgabe eines Staates und seiner Verwaltung sind. Nach Ihren programmatischen Aussagen, die ja überall zu lesen sind, ist der Staat ein Moloch, der es einzig darauf abgesehen hat, das Volk auszubeuten und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu stören. Die Staatsangestellten sind aus Ihrer Sicht alles überbezahlte, faule, unfähige Parasiten, deren erste Aufgabe es ist, den Bürgern das Leben schwer zu machen. Dieses Verständnis von Staat und Verwaltung, meine lieben Kollegen von der SVP, predigen Sie ohne Unterlass, so dass Sie vielleicht schon selber daran glauben.

Und was Sie dringend brauchen, meine lieben SVP-ler, ist ein Reintegrationskurs in Staatsbürgerkunde. Hier eine kleine Nachhilfestunde: Ausgangspunkt ist natürlich unsere Kantonsverfassung. Nach Ihrem ersten Artikel beruht die Staatsgewalt auf der Gesamtheit des Volkes, wobei die Staatsgewalt mittelbar durch die Behörden und das öffentliche Personal ausgeübt wird. Diese haben also einen verfassungsmässigen Auftrag und eine demokratische Legitimation. Wer den Staat und seine Funktionsträger verunglimpft und sie jeden Respekts beraubt, missachtet unsere Verfassung. Er schadet dem Ansehen unseres demokratischen Systems. Die Würde des Staates zu wahren, ist unsere Pflicht. Sie aber, meine Damen und Herren von der SVP, haben dafür nichts anderes übrig als Verachtung und Häme.

Artikel 2 der Kantonsverfassung hält fest, dass alle Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz gleich sind und die selben staatsbürgerlichen Rechte haben. Es gibt also keine Obrigkeit und keine Untertanen, keinen Adel und auch keinen Geldadel. Wie steht es nun aber mit einer Partei, die am Gängelband eines Milliardärs hängt, welcher auf seinem Geldberg sitzend in autoritärer Art seine eigenen Interessen zum Inhalt der Politik macht? (*Unruhe auf der rechten Ratsseite.*) Mag er es auch nicht so bunt treiben wie sein Milliardärskollege in Italien, erachten wir insbesondere die nicht transparente Finanzierungsstruktur Ihrer Partei als ernst zu nehmende Störung des verfassungsmässigen Grundsatzes der gleich langen Spiesse aller am politischen Prozess Beteiligten.

Ein weiterer Verfassungsgrundsatz in Artikel 19 der Kantonsverfassung. Danach soll die Besteuerung im Kanton gemäss dem Grundsatz einer progressiven Belastung der Pflichtigen nach der Grösse ihrer Mittel und nach dem Grundsatz der Steuerbefreiung der kleinen Einkommen und Vermögen erfolgen. Sie aber haben nichts anderes im Sinn, als die Reichen und Reichsten steuerlich zu entlasten. Das Gegenteil verlangt die Verfassung! Die von Ihnen verlangte Steuerfussenkung und Ihre massiven Abstriche am Voranschlag, welche Sie auch nur machen, um den Staat zu schwächen und weitere Umverteilungen vorzunehmen, stehen in klarem Widerspruch zum solidariischen Geist unserer Kantonsverfassung.

Ein Letztes. Als Mitglied dieses Rates haben Sie gelobt, die Verfassung zu halten, die Rechte der Bürger zu schützen und die Würde des Staates zu wahren. Mit Ihrer Politik aber reissen Sie die staatlichen Institutionen nieder und statt des Gesamtinteresse verfolgen Sie reine Partikularinteressen. Sie geben vor, die traditionellen schweizerischen Werte zu verteidigen. Mit Ihren Anträgen zum Voranschlag und zum Steuerfuss haben Sie sich aber definitiv aus der staatstragenden Verantwortung, die auch Sie wahrnehmen müssten, verabschieden.

Pierre-André Duc (SVP, Zumikon): Ich bin zutiefst besorgt über die Entwicklung des Aufwands in unserem Kanton. Wir haben bereits viele Gründe gehört; zwei bestimmte Punkte möchte ich dazu noch anfügen.

Erstens: Es macht mir grosse Sorgen, dass der Aufwandanstieg zwischen 2002 und 2003, den wir jetzt erleben, eigentlich gar nicht ge-

plant war. Wenn ich den KEF nehme, stelle ich fest, dass wir vor einem Jahr davon ausgingen, dass zwischen 2002 und 2003 der Aufwand ohne interne Verrechnungen um 1 Prozent steigen würde. Vor zwei Jahren gingen wir für die gleiche Periode von einem Anstieg von 1,4 Prozent aus. Wir wissen es, der Aufwand wird zwischen 2002 und 2003 um 6,2 Prozent steigen. Oder anders gesagt, vor zwei Jahren gingen wir davon aus, dass wir im Jahr 2003 rund 900 Millionen Franken weniger ausgeben würden als was jetzt budgetiert wird. Das sind satte 10 Prozent. Wir wissen es, es hat Gründe, aber ganz sicher sind diese nicht in der Teuerung zu suchen. Wir haben weniger Teuerung als noch vor zwei Jahren angenommen.

Massnahmen sind nötig, das ist klar. Daher begrüsse ich natürlich die Massnahmen, die der Regierungsrat einleiten will. Man kann nur sagen, lieber spät als nie. Die Frage stellt sich natürlich, ob es genügen wird. Für mich auch ein Problem: die fehlende Konsistenz zwischen den einzelnen KEF macht mir Sorgen. Die Frage stellt sich natürlich, wie es in den Jahren 2004 und 2005 sein wird. Ist der prognostizierte Aufwandaanstieg für diese Jahre von 1 bis 2 Prozent wirklich realistisch?

Der zweite Punkt, der mir ebenfalls grosse Sorgen macht, ist die Aufwandentwicklung über eine längere Zeitperiode. Ich habe angeschaut, was passiert ist seit 1990, wohl eine längere Phase, in der wir sowohl einen Aufschwung als auch eine Rezession erleben mussten. Wir stellen fest: Während diesen zwölf Jahren sind der Aufwand wie die Steuereinnahmen um 60 Prozent gestiegen. Während der gleichen Zeit stieg die Teuerung um 25 Prozent. Das Volkseinkommen, also das, was wir zum Leben haben, stieg lediglich um 43 Prozent. Es ist klar, die Steuerbelastung stieg. Das ist natürlich keine gute Rahmenbedingung für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung.

Für mich ist klar, es muss gespart und die Steuerbelastung muss reduziert werden. In der letzten Zeit, in den letzten Jahren erlebten wir leider eine Schwarzpeter-Politik, indem der Regierungsrat das Problem dem Kantonsrat zuschiebt und der Kantonsrat es der Regierung zurückschiebt. Wir alle da im Rat – das müssen wir effektiv sagen – können nicht sparen. Auch die Regierung und die Verwaltung haben Mühe mit dem. Wenn wir pauschale Kürzungen beantragen, heisst es «Nein». Wir sollten sagen, wo gespart werden müsse. Wenn wir sagen, wo wir sparen müssen – das durfte ich in einer Kommission erleben – heisst es «Ja, aber doch nicht..», «..und überhaupt, es steht doch

nicht im Verhältnis zum Globalbudget». Stecken wir in einer Sackgasse? Ich hoffe es nicht. Versuchen wir doch, in den nächsten zwei Wochen pragmatisch zu sein, den Konsens zu suchen und nicht dogmatisch. Das gilt für alle Parteien. Die Bevölkerung erwartet das von uns.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Die Absichtserklärungen sind geäussert, die Stellungen bezogen. Dennoch starte ich den Versuch, die Sparfront zu durchbrechen oder mindestens aufzuweichen. Ich möchte Ihnen klar aufzeigen, welche fatalen Folgen Budgetkürzungen zusammen mit einer Steuerfussreduktion für die Landwirtschaft im Allgemeinen und die Bergbauern im Besonderen hat. Ich weiss, dass ich damit stellvertretend nur eine Gruppe herausgreife. Es sind noch viele anderen Gruppen mindestens so stark betroffen, aber die Landwirtschaft liegt mir als Bauer natürlich sehr nahe.

Eine Steuersenkung in der vorgesehenen Höhe bedeutet für die Bauernfamilie eine Einsparung zwischen 0 und 50, vielleicht maximal 100 Franken jährlich. Eine Steuerfusssenkung bringt für uns Bauern, die wir schon jetzt und in Zukunft noch viel mehr zu den einkommensschwächsten Bevölkerungsschichten gehören, sehr wenig bis gar nichts. Das Fatale aber ist, dass die Steuersenkung mit den Budgetkürzungen unseren Berufsstand dann ausserordentlich hart treffen werden. Es ist eine Tatsache, dass verschiedene Leistungen wie zum Beispiel ökologische Leistungen, für die wir Beiträge bekommen, dann gestrichen werden. Es gibt dort keine oder nur noch verringerte Beiträge. Und überaus hart wird es die Landwirtschaft in den Hügels- und Berggebieten unseres Kantons treffen, weil die Hangzulagen nun wirklich definitiv nicht mehr ausgezahlt werden können, da bin ich sicher. Dies bedeutet für uns durchschnittlich, dass pro Betrieb im Hang- und Berggebiet ein Verlust von 5000 bis 8000 Franken jährlich resultiert. Dazu kommen die entgangenen Beiträge für andere Leistungen. Also irgendwo um 10'000 Franken herum wird das Einkommen pro Betrieb sinken. Ihr lieben SVP-Berufskollegen, wollt Ihr wirklich unserer Hügels- und Berglandwirtschaft noch den Todesstoss versetzen? Es kommt mir vor wie jenes arme Bäuerlein, das seinem Esel auch noch das Fressen abgewöhnen wollte, weil kein Geld mehr da war, und am Schluss deprimiert klagt «Nachdem ich dem Esel endlich beigebracht habe, mit dem Fressen aufzuhören, ist er nun noch gestorben.»

Nein, Ihr lieben Berufskollegen von der SVP, nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber. Dieses Sprichwort muss ich hier einfach einmal laut und deutlich sagen. Ich bitte Sie wie schon vor zwei Jahren, lassen Sie diesen todbringenden Tiger nicht einfach laufen! Dieser Tiger muss nun wirklich endlich als Bettvorlage enden. Und das gestehe ich Ihnen auf der bürgerlichen Seite zu: Sie dürfen diese Trophäe, diesen Pelz als Bettvorlage dann auch wirklich selber vorbereiten, wenn Sie da mitmachen.

Bruno Dobler (SVP, Lufingen): «Lebt einer ohne ein Rezept und ohne richtiges Konzept, dann führt er meistens gottergeben ein glücklich heiteres Lotterleben.» Diese Erkenntnis habe ich gestern einem Kochbuch entnommen und sie trifft den Zustand der Akteure des Finanzhaushaltes treffend.

Im Budget 2000 – Sie erinnern sich noch – hatten wir damals zu hohe Einnahmen und zu tiefen Aufwand. Diese sehr positiven Tatsachen erschreckten damals die Regierung dermassen, dass sie im Schrecken des Geschehens Wörterkombinationen brauchte wie «völlig aussergewöhnlich» und «unvorhersehbar», und den gleichsam geschockten Kantonsrat überzeugen konnte, dass man das Budget überarbeiten müsse. Herausgekommen ist dann Monate später wirklich ein Budget, in dem der Aufwand den höheren Erträgen angepasst werden konnte. Kantonsrat wie auch Regierungsrat waren wieder zufrieden, die Welt war in Ordnung.

Im Februar 2002 konnte das Parlament erfahren, was die Regierung unter Kostenführerschaft versteht. Bessere Leistung sei nur durch höheren Geldeinsatz möglich. Wäre dem tatsächlich so, dann reduzierte sich unternehmerisches Handeln darauf, möglichst viel Geld ins System zu pumpen. Als Unternehmer fehlt mir – das muss ich gestehen – der Mut, diese Maxime auszuprobieren. Es ist weit und breit kein Gesetz auszumachen, das vorschreibt, der Kanton habe seine Leistungen zu möglichst hohen Kosten und mit möglichst hohem Personaleinsatz zu erbringen. Und genau da liegt das Problem. Die Ausgaben der Verwaltung wachsen ohne Ende, teilweise mit zweistelligen Prozentzahlen. Die Verwaltung beschäftigt sich oft selbst. So meinte der Regierungsrat vor einigen Monaten: «Ich habe meinen Mitarbeitern bis heute nur gute Nachrichten überbringen können.» Das kann – mit Verlaub – nicht der einzige Massstab der Regierungstätigkeit sein.

Die Regierung ist nicht gewählt um zu gefallen. Ja, Führung ist manchmal auch unbequem und deshalb ist sie so unheimlich wichtig.

In den letzten Wochen konnten Sie es lesen: Es gibt neue Reisepässe. Diese kosten jetzt 120 Franken statt wie früher 60 Franken. Die Logik dahinter: Die Pässe sind doppelt so lange gültig. Kaum jemand kassiert mehr und unverfrorener als der Kanton und kaum einer hat bald so wenig in der Kasse. Das Modell für eine kostengünstige und effiziente Verwaltung heisst «besser, schneller, anders». Jahrelang wurde die Zahl der Neuanstellungen in der Verwaltung mehr politisch als vom Arbeitsanfall bestimmt. Würde die Verwaltung ihre Produktivität um minimal 10 Prozent steigern, könnten 400 Millionen Franken eingespart werden, was eine Steuersenkung von 10 Prozent möglich machen würde. Tiefe Steuern machen den Kanton attraktiv. Das führt zu Wirtschaftswachstum und einem höheren Steuersubstrat. Weitere Steuersenkungen werden möglich. Die Gesundungsspirale beginnt zu drehen und macht den Kanton attraktiv auch für neue Steuerzahler.

In den letzten Jahren haben FDP und SP Arm in Arm und die CVP in der Einkaufsstüte stetig steigende Budgets genehmigt. Das Tandem versicherte sich gegenseitig und drohte dem Regierungsrat wortreich, beim nächsten Mal dann sicher zu sparen. Es kam regelmässig anders. Regierung und Verwaltung hoffen auch dieses Jahr wieder auf das gleiche Ritual. Gezeter im Rat, Worthülsen und gegenseitige Versprechungen, gefolgt von einem zähneknirschenden Ja zum überrissenen Ausgabenbudget. Diesem Rat wird es wohl auch dieses Jahr nicht gelingen, als Aufsichtsorgan die Notbremse zu ziehen. Damit das keinesfalls geschieht, werden hinter den Kulissen eifrig Pakete geschnürt und Bänder ausgetauscht – so etwa beim Strassenbau, dem jetzt ein paar jämmerliche «Milliönchen» zufließen sollen. Schon grosszügiger rollen da die Millionen in die Glattalbahn. Es braucht drei Massnahmen. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Andreas Honegger (FDP, Zollikon): Gestatten Sie mir eine kurze Anmerkung zum Votum von Julia Gerber Rüegg. Sie sagten, dass wir Bürgerlichen mehr Umverteilung zu Gunsten der Wohlhabenden wollten. Das, Julia Gerber Rüegg, gibt es nicht! Das ist sozialdemokratischer Unsinn oder gewollte Begriffsverwirrung. Es gibt vielleicht weniger Umverteilung zu Gunsten der Individuen, der Wirtschaft und des Wirtschaftsstandortes, und das wäre auch gut so, denn oft ist weniger eben mehr.

Die Steuerzahler liefern seit Jahren in absoluten Zahlen mehr und mehr ab, mindestens dann, wenn sich die Konjunktur nicht im freien Fall befindet. Aber es ist mir klar, dass für die hiesigen Sozialdemokraten gar nie genug Steuern erhoben werden können. Da sind Sie mindestens so konservativ wie die SVP oder vielleicht noch etwas konservativer. Aber die Umverteilung, Julia Gerber Rüegg, fliesst immer zu Ungunsten der Wohlhabenden – vielleicht mehr oder weniger –, aber sie kennt nur diese eine Richtung. Wir Liberalen wollen, dass diese Umverteilung nicht immer weiter ansteigt. Ich bin bald 16 Jahre im Kantonsrat, aber wir rennen diesem Ziel immer noch hinterher. Kaum ein Ziel ist offenbar schwieriger zu erreichen als dieses. Die Regierung und das Parlament geben halt nur zu gerne das Geld anderer Leute aus, das ist so einfach. Es braucht deshalb auch in Zukunft Liberale und zwar in möglichst vielen Parteien. In der Zürcher SP scheint dies offenbar noch immer nicht möglich zu sein – schade, denn weniger ist wirklich mehr. Das haben andernorts auch die Sozialdemokraten eingesehen.

Eine moderate Steuersenkung, wie sie die FDP vorschlägt, ist ein Signal an die Wirtschaft und an die Gesellschaft. Damit kann der Konsum angekurbelt und die Konjunktur verbessert werden. Auch bei den Steuern gilt eben: Weniger ist mehr. Vor den Wahlen haben das auch Ihre deutschen SP-Kollegen wortgewaltig verkündet. Leider sind sie inzwischen wiedergewählt, und nun stimmt plötzlich alles nicht mehr. Dafür wissen nun die Deutschen endlich, aber leider zu spät, dass offenbar auch für die Zahl der gewählten Sozialdemokraten gilt oder eigentlich gälte, weniger wäre mehr. (*Heiterkeit auf der rechten Ratsseite.*)

Hans-Peter Züblin (SVP, Weiningen): Nach dem Interview in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom vergangenen Freitag, 6. Dezember 2002, hat nun nach Jahren auch Balz Hösly gemerkt, dass wenn man der Regierung und der Verwaltung weniger Geld zur Verfügung stellt, diese nur so zum Sparen gezwungen werden kann. Dies, Balz Hösly, fordert die SVP-Fraktion seit Jahren, leider sind Sie ihr bis heute nicht gefolgt.

Bei der letzten Steuersenkung war es die Gewerbegruppe, die die 3-Prozent-Reduktion forderte und auch durchbrachte. Ich hoffe, dass auch heute die FDP mindestens der Steuerreduktion der Gewerbe-

gruppe folgt und damit beweist, dass sie wirklich ein bürgerliches Budget anstrebt.

Die SP, Dorothee Jaun, müsste eigentlich auch der Steuersenkung zustimmen, hat doch ihre neue Bundesrätin, Micheline Calmy-Rey genau mit diesem Mittel die Finanzen im Kanton Genf in Ordnung gebracht. Ein Beispiel wäre für Sie also vorhanden.

Als ehemaliger Gewerbeverbandspräsident bitte ich Sie für das Gewerbe, dem Antrag der Gewerbegruppe in Bezug auf die Steuersenkung wie auch der Einlage in den Strassenfonds zuzustimmen. Ich hoffe auch sehr, dass sich in der CVP noch einige Bürgerliche finden werden, die diesem Antrag Folge leisten.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Zwei Vorbemerkungen. Mir scheint, einige Regierungsrätinnen und Regierungsräte können sich bei ihren eigenen Fraktionen nicht mehr durchsetzen, oder man muss ihnen Doppelzüngigkeit unterstellen. Vorbemerkung zwei: Ich muss sagen, ich kann Regierungsrat Christian Huber nicht mehr vorwerfen, was ich schon Eric Honegger hätte vorwerfen können. Freilich galt gerade Letzterer in diesen Reihen ja geradezu als Superstar – man sieht, wohin das führt. Vielleicht acht Punkte zur jetzigen Situation:

Erstens: Mir scheint, wir stehen vor einer schwelenden – ich sage das so – «Berlusconisierung» der Schweiz. Wir erleben einen eigentlichen Aufstand eines Segmentes eines mittleren oberen Mittelstandes. Nicht wahr, die Superreichen haben schon immer ihre Schlupflöcher gefunden, die nach dem Motto leben «dem Staat kein Rappen Geld – ausser es nützt mir selbst etwas». Man lebt zwar frivol von Staatsaufträgen, aber selber will man nichts dazu beitragen, dass der Staat seine Ausgleichsfunktion wahrnehmen kann.

Zweitens: Die SVP ist eine eigenartige Mischung aus staatstreuen, konservativen Gemeindebürokraten (*Heiterkeit*), die zwar ständig jammern, der Kanton entziehe – und hier jammern sie zu Recht –, den Gemeinden das Geld, handkehrum aber ein Bündnis eingehen mit ihrem neuen «Forza Schweiz»-Flügel, dem nichts anderes mehr einfällt, als dem Staat an allen Fronten die Mittel zu entziehen. Das ist die neue SVP. Die Gemeindebürokraten werden es in Zukunft schwer haben. Im Verfassungsrat getrauen sie sich zum Teil nicht einmal mehr, im Saal zu sein, wenn Anträge ihrer eigenen Fraktion besprochen werden.

Drittens: Die FDP will zwar Wirtschaftspartei sein. Nur ist heute nicht mehr ganz so klar, welcher Wirtschaftszweig für welche Standortinteressen steht. Mir scheint es manchmal, die FDP sei vor allem eine Wirtschaftsfunktionärspartei mit der löblichen Ausnahme von Thomas Isler, derweil doch ein handfester Teil der Fraktion mit der SVP liebäugelt.

Viertens: Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass der Bürgerblock – und ich bedaure dies nicht – zerfallen ist. Dem Freisinn – und das ist der Kern der Auseinandersetzung – ist der Staatsflügel abhanden gekommen. Ich erlebe jetzt die zwanzigste Budgetdebatte. Früher gab es noch währschafte «FDP-ler» vom Schlage eines «Kilometer-Müllers» (Kurt Müller, Redaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» mit dem Kürzel «km»), die noch Staatsinteressen wahrzunehmen versuchten. Heute weiss man nicht einmal mehr bei Balz Hösly, ob er eigentlich als Fraktionschef oder als Klientelist irgendwelcher Wirtschaftsinteressen spricht. Dies jedenfalls wäre klärungsbedürftig.

Fünftens: Es macht sich in allen Reihen ein gewisser Kooperativismus und Klientelismus breit. Das müssen wir auch selbstkritisch konstatieren. Gefragt sind nicht mehr Allgemein- und Gemeininteressen, gefragt sind kurzfristig medienträchtige Wahrnehmung von eigenem Klientelismus. Folgen indessen die Parteien lediglich dieser Strömung und diesem Trend, machen sie sich selbst überflüssig. Mit anderen Worten, es sind die Parteien, die entscheiden, ob das Gejammer oder Nichtgejammer über den Bedeutungsverlust der Politik zu Recht erfolgt oder nicht.

Sechstens: Ich predige nicht an jedem passenden oder unpassenden Ort «wir sind für einen starken Staat». Ich halte zum Beispiel nichts vom Bundesrätin Ruth Metzler'schen Überwachungsstaat. Allerdings steht die Linke traditionell und stehen auch die Grünen für die Verteidigung des Staates als Garanten für soziale Umverteilung, Andreas Honegger, und damit für Existenzsicherung, für Gewährleistung und Durchsetzung ökologischer Rahmenbedingungen sowie für Chancengleichheit und Egalität im Bildungs- und Gesundheitswesen ein. Ich darf sagen, es waren die Linken und die Grünen, die in den letzten Jahren nicht nur im Kanton Zürich Reformschritte ermöglicht haben. Leider sind wir nicht immer ganz geschlossen aufgetreten, aber ohne Linke und Grüne hätte es die wichtigsten Reformschritte in diesem Kanton nicht gegeben und das wird auch fürderhin der Fall sein. Die FDP muss sich entscheiden, was sie will: Reformen – dann weiss sie,

wo ihre Bündnispartner stehen – oder den Status quo bewahren bis abseits stehen – dann soll sie so weitermachen.

Siebtens: Ein vertretbarer Kompromiss zu Gunsten eines Budgets heisst heute, über die Basis des Regierungsvorschlags nachdenken. Wird kein «My» daran geändert, kann ich mir eine Zustimmung vorstellen. Ein anderer Kompromiss ist nicht in Sicht. Höhere Rücklagen für den Strassenfonds sind unangebracht. Ich werde mich zum Sonderfall der Besoldungsfrage als Gewerkschafter in der Detailberatung äussern.

Achtens: Steuerfussissenkungen liegen heute schief. Sie verklären das Bild. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Einige Aussagen der SP-Stellungnahme haben meine Aufmerksamkeit erregt. Angeblich sind Ihre Wünsche für die Zukunft des Staates Zürich: Stabilität, soziale Gerechtigkeit, Berechenbarkeit. Mit diesem ungebremsen Ausgabewachstum allerdings schaffen Sie die besten Voraussetzungen, dass gerade dieses Ziel weit verfehlt wird.

Sparen in schwacher Zeit bremse das Wirtschaftswachstum. Meine Damen und Herren der SP, Sie haben die Zeit verpasst. Sie haben auch in der guten Zeit masslos Geld ausgegeben. Das war wohl auch antizyklisch. Sie wollen die Binnenwirtschaft stärken. Dazu verlangen Sie keine Leistungskürzungen beim Staat. Sie behindern damit in erster Linie eben genau diese Wirtschaftsentwicklung, weil jedes Geld, das beim Staat gebunden wird, der Wirtschaft nicht mehr zur Verfügung steht. Und Ihr Geleier von den Steuersenkungen, diese nütze nur den Reichen, ist eine absolute Ammenmär, denn jedem, der von seinem Gehalt weniger Steuern zahlen muss, hat diese Franken zusätzlich in den Konsum zu setzen. Wenn Sie dann eben dieses Geleier noch bekräftigen, Sie wollten damit gleichzeitig noch den Konsum stärken, dann muss ich Sie fragen: Womit denn? Wenn man zu hohe Steuern abliefern muss, kann man nicht den Konsum stärken. Und absolut logisch ist dann Ihre Forderung nach Personalkostensteigerungen beim Staat mit dem Stufenanstieg. Sie wissen, dass dort ausgleichend diese von den Steuern weggenommenen Franken auf der anderen Seite wieder hereinkommen. Ich weiss nicht, meine Damen und Herren der SP, wie lange Sie noch so weiter wursteln wollen mit einer

unverantwortbaren Ausgabenpolitik. Sie arbeiten direkt auf den Kollaps dieses Staates hin.

Das Klagen von FDP-Fraktionschef Balz Hösly, dass es nichts genützt habe, die Überprüfung der Ausgaben und Aufgaben zu verlangen und Antworten zu erhalten, das Klagen, dass auf die Variantendiskussion nicht eingegangen worden sei, bringt Sie dazu, die Regierung anzugreifen. Sie vergessen allerdings damit, dass die FDP an dieser Situation mitschuldig ist. Allzu lange konnte sich die Regierung absolut darauf verlassen, dass die FDP alle Vorstösse, die die SVP in Sachen Sparübungen und Variantendiskussionen schon lange vorher gemacht hatten, nicht decken würde. Viel zu spät haben Sie jetzt begonnen, die Forderungen der SVP mitzutragen. Und nur auf den grossen Druck unserer stetigen Forderungen sind Sie nun ebenfalls bei einzelnen wesentlichen Positionen gleicher Meinung. Die Steuerfussreduktion von 3 Prozent vor drei Jahren war Ihr FDP-Versagen. Und zur Erinnerung: Wie manchmal haben Sie zusammen mit der Linken Sozialpostulate überwiesen in dieser Legislatur? Wenn wir heute wieder nur zu 5 Prozent Steuersenkungen kommen, dann ist das wiederum Ihr Versagen und Ihre Verantwortung. Dass es überhaupt zu einer Steuerreduktion kommt, haben wir der SVP zu verdanken, die hier den Druck stetig aufrecht erhalten hat. Immerhin, Sie denken nun in die richtige Richtung. Und ich möchte Sie auffordern, das Denken nun etwas konsequenter und mutiger auch in die Tat umzusetzen.

Ihren Aufruf, Balz Hösly, uns, die SVP und die FDP, nicht durch die Regierung auseinander dividieren zu lassen, kann ich nur bestens unterstützen. Es liegt aber wesentlich mehr an unseren beiden Fraktionen, dies nicht geschehen zu lassen.

Zum Abschluss noch zu den Sparanstrengungen der SVP, die wir in der Detailberatung bringen werden. Es ist der wiederholte Versuch, diesen Ausgabenwahnsinn zu bremsen. Im Speziellen möchte ich auf einen Punkt eintreten, nämlich aufs Gesundheitswesen. Sie kommen uns immer wieder mit dem Gedanken, das sei ja gefordert von unseren Bürgern als Patienten. Sie denken nicht daran, dass Sie gerade mit der Schaffung dieser Dienstleistungen, die Sie ständig ausbauen, eben ein Bedürfnis geweckt haben. Ich komme in der Detailberatung darauf zurück.

Die Grundsatzdebatte wird unterbrochen.

Persönliche Erklärung von Werner Hürlimann zum Zeitpunkt der Einreichung einer Parlamentarischen Initiative für ein neues Volksschulgesetz

Werner Hürlimann (SVP, Uster): Ich möchte Ihnen mit meiner Erklärung die Gründe darlegen, warum von unserer Seite noch keine Parlamentarische Initiative für ein neues Volksschulgesetz eingereicht worden ist.

Vor über zwei Monaten habe ich mich bei einem Juristen des Generalsekretariates der Bildungsdirektion erkundigt, wie Artikel 25 des Kantonsratsgesetzes zur Parlamentarischen Initiative auszulegen sei. Dieser Artikel sagt aus: «Das Präsidium verweigert an der folgenden Sitzung die Entgegennahme einer Parlamentarischen Initiative, sofern sich diese auf Gegenstände bezieht, die den Kantonsrat bereits auf Grund einer Vorlage des Regierungsrates beschäftigt.» Ich erhielt die Auskunft, dass mit dem Einreichen einer Parlamentarischen Initiative zugewartet werden müsse, bis die Abstimmung vom Volksschulgesetz erwahrt, also gültig erklärt sei. Ich habe daher bei allen Podiumsdiskussionen in Anwesenheit von Vertretern der Bildungsdirektion darauf hingewiesen, dass wir erst nach Gültigkeitserklärung der Abstimmung eine Parlamentarische Initiative für ein anderes Volksschulgesetz einreichen könnten. Daher wurde von unserer Seite bis heute keine Parlamentarische Initiative eingereicht.

Am 2. Dezember 2002 wurde nun von der Befürworterseite eine Parlamentarische Initiative für ein neues Volksschulgesetz eingereicht. Das Präsidium hat den ihm zustehenden Spielraum genutzt und diese Parlamentarische Initiative entgegengenommen. Es ist der Meinung, dass nach der Schlussabstimmung das Geschäft für den Kantonsrat erledigt sei und anschliessend das Einreichen einer Parlamentarischen Initiative möglich wäre. Ich stelle mit Befremden fest, dass ich scheinbar aus der Bildungsdirektion einer Falschinformation aufgesessen bin, die uns in der Folge einige Unannehmlichkeiten bereitete. Wir werden uns mit der heutigen Situation beschäftigen und die nötigen Schritte einleiten.

Ratspräsident Thomas Dähler: Ich darf dazu noch ergänzen, dass ich bezüglich der Entgegennahme dieser Parlamentarischen Initiative keinen Spielraum hatte, weil das Geschäft mit der Schlussabstimmung vom 30. August 2002 vom Kantonsrat erledigt war. Der vor einer Woche bei der Entgegennahme zufällig anwesende Justizdirektor Markus Notter hat mir das ebenfalls bestätigt.

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 9. Dezember 2002

Die Protokollführerin:
Heidi Khereddine-Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 6. Januar 2003.